

# Volkswacht

für Schlesien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Ausblick“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Evorbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

**Bezugspreis:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Plurstraße 4/6, durch die Subskriptionsstellen, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. Einzelhefte 10 Pf., 10 Hefen 1.00, 100 Hefen 10.00. Fernsprechkarte 15 Pf. monatlich 1.75, 3 Monate 5.00, 6 Monate 10.00, 1 Jahr 18.00. Durch die Post einzeln 2.40, 10 Hefen 24.00, 100 Hefen 240.00.

## Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse Geschäftsstelle 217 32, Redaktion 217 30  
Postfach-Konto Postfach-Nr. Breslau Nr. 5852  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

**Anzeigenpreis:** Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter 100 W. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Verlobungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 6 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer wegen des vorzeitigen 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Plurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unbezahlt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeliefert wenn Rückporto beiliegt!

# Finanzministerkrise! — Regierungskrise? Moldenhauer ist fertig

## Er ist das Notopfer des Notopfers

**Wichtig wird mitgeteilt:** Das Reichskabinetts beschloß sich am Mittwoch mit dem angebotenen Rücktrittsgesuch des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer und hat ihn einmütig, von seinem Gesuch Abstand zu nehmen. Da der Reichsfinanzminister demgegenüber auf seinem Rücktrittsgesuch beharrte, wird der Reichsfinanzminister hierüber dem Herrn Reichspräsidenten Vortrag halten.

Den äußeren Anlaß zu dem Rücktrittsgesuch Moldenhauers hat seine eigene Fraktion gegeben. In ihr wurde insbesondere in letzter Zeit in immer stärkerem Maße an Moldenhauers Handlungen Kritik geübt, und obwohl Herr Moldenhauer sich eifrig bemühte, der ihm feindseligen Stimmung seiner eigenen politischen Freunde Konzessionen zu machen, gelang es ihm trotzdem nicht, ihrer Herr zu werden. Wie stark Moldenhauer dabei in Widerspruch mit sich selbst geriet, haben die letzten Tage besonders deutlich gezeigt. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei verwarf seine Vorschläge und stellte andere Pläne zur Diskussion. Moldenhauer dachte jedoch nicht daran, von sich aus die Konzessionen zu machen. Er ließ nicht nur wissen, daß er nicht beabsichtige, zurückzutreten, sondern erklärte sich mit der gegen ihn gerichteten Entschließung seiner Fraktion sogar noch ausdrücklich einverstanden.

In diesem Verhalten Moldenhauers wird man den inneren Grund erblicken müssen, der ihn bereits nach fünf Monaten als Finanzminister unmöglich gemacht hat. Moldenhauer sind beim Amtsantritt in reichem Maße Vorwurfsblätter geendet worden. Durch zahlreiche Reden, in denen mehr populäre Schlagworte verwendet wurden, als einem Finanzminister in der gegenwärtigen Krisenzeit gestattet sind, hat er sich als den starken Mann angepriesen, der Deutschland aus der Finanz- und Wirtschaftskrise befreien wolle. Mit dem Ergelais, daß seine eigenen Freunde ihn der starken Reden und der schwächlichen Handlungen bezichtigten. Das ist in der Tat eine richtige Charakterisierung. Herr Dr. Moldenhauer hat mit einem Optimismus, der nie berechtigt war und an den man nur glauben konnte, wenn Sachkenntnis nicht hinderlich im Wege stand, sein gewiß sehr schweres Amt zu verwalten gesucht. Dadurch ist jene verheerliche Finanzpolitik im April zustande gekommen, der Moldenhauer noch am 2. Mai nachgerühmt hat, daß „die Deckung des Haushalts 1930 in einer Weise erreicht sei, die, soweit überhaupt eine Voraussicht über die kommende Entwicklung möglich ist, zum ersten Male seit 1925 das Auftreten eines Fehlbetrages verhindert und damit das Fundament für die Steuerentlastung im Jahre 1931 schafft“. Kaum eine Woche später war ein Fehlbetrag von dreieinhalb Milliarden vorhanden. So sah die „Voraussetzung“ von Dr. Moldenhauer aus.

Das Fiasko von Dr. Moldenhauer hat neben der persönlichen auch eine große sachliche Bedeutung. Es ist der Zusammenbruch der Arbeitsmethoden der jetzigen Regierung, aber auch ein Fiasko der Politik der Deutschen Volkspartei. Wie oft hat sich diese Partei gerühmt, die Nachbarn zu besitzen, deren Können allein in Deutschland richtig zu regieren vermöge. Wiederum ist, wie so oft in den letzten Jahren, der Beweis geliefert, daß dieses Eigenlob jeder Berechnung entbehrt. Die Regierung, die sich in den letzten Wochen nicht einmal, sondern wiederholt mit Moldenhauer solidarisch erklärte, hat den Reichsfinanzminister gehen lassen, im Amt zu bleiben. Sie hat ihn einmütig und „einmütig“, um nicht selbst zurücktreten zu brauchen. Wer sich so oft wie die Regierung Brüning mit ihrem Reichsfinanzminister solidarisiert hat, konnte vor der breiten Öffentlichkeit unmöglich den Finanzminister davonlaufen lassen, ohne ebenfalls die Konsequenzen zu ziehen und ebenfalls zu gehen. So entschloß man sich zu dem kleineren Übel. Man hat Herrn Moldenhauer zu bleiben, ohne

sich jedoch noch mal s ausdrücklich mit ihm zu solidarisieren. Die Krise der Regierung Brüning ist damit nicht behoben, sondern zunächst nur verlagert. Was weiter werden wird, hängt von den Entscheidungen des Reichspräsidenten ab, der zurzeit in Neudeck in Wormern weilt. Der Reichskanzler wird ihn dort wahrscheinlich am Freitag persönlich aufsuchen und ihm über die Situation Vortrag halten. In welcher Richtung liegt klar zutage: Hindenburg soll Moldenhauer zum Verbleiben bewegen. Auf wie lange und unter welchen Umständen? Das weiß der Zufall!

Die Frage, ob die Krise um Moldenhauer schließlich zu einem Rücktritt der Regierung Brüning führt und Brüning dann einen neuen Auftrag zur Kabinettsbildung erhält, ist von der weiteren Gestaltung der Dinge, insbesondere von der Aussprache Brüning-Hindenburg abhängig. Es ist schon so, wie der „Vor-

# Die Lübecker Tragödie Das Beweismaterial ist vernichtet — Sonderbare Haltung vor dem Reichstag des Lübecker Staatsanwaltes

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums wird fortgesetzt.

**Hg. Dr. Moses (Soz.):**  
Prof. Calmette hat am Dienstag im Berliner „Tempo“ einen Brief veröffentlicht, in dem er schreibt, daß in Lübeck ein fürchterliches Verbrechen begangen worden sein müsse und daß dort vermutlich keine Kulturen mit Kulturen der Tuberkulose-erreger bei Menschen verwechselt worden seien; er behauptet weiter, daß das fürchterliche Drama politisch ausgedeutet werde.

Es wird verlangt — so fährt Moses fort — daß man das Ergebnis der sachverständigen Untersuchung abwartet. Wir müssen dem widersprechen. Das Volk wird es nicht verstehen, wenn wir das Urteil über diese Katastrophe den Sachverständigen überlassen würden. Die wissenschaftliche Seite wollen wir hier nicht prüfen, wohl aber die ethische, die moralische und die strafrechtliche. (Sehr richtig, links.) Vierzig Opfer sind bereits gefallen, ebenso viele wird der Lübecker Säuglingsstod in der nächsten Zeit noch fordern. Darüber kann kein Zweifel sein. Bei jeder Kinderkrankheit, ja bei jeder Erkrankung eines der jetzt überlebenden Kinder werden ihre Mütter immer wieder zittern und jagen um das Leben dieser Kinder — eine Tragödie ohne Ende. Ich fürchte auch, daß nach langen Wochen und Monaten das wissenschaftliche Urteil in einem „Wir können nicht entscheiden“ bestehen wird. Es ist festzustellen, daß eine Prüfung des Calmette-Präparates an Tieren überhaupt nicht vorgenommen wurde, daß

das Reichsgesundheitsamt erst achtzehn Tage nach Ausbruch des Kindersterbens benachrichtigt worden ist,

daß das Reichsgesundheitsamt in Übereinstimmung mit dem Reichsgesundheitsrat den Länderregierungen größte Zurückhaltung gegenüber diesem Mittel empfohlen hat. Dabei wurde ausgesprochen, daß das Calmette-Verfahren noch im Stadium des Versuches ist, daß viele Forscher dieses System für irrtümlich halten. Es ist festgestellt, daß nach Ausbruch des Sterbens Kinder noch weiter mit dem Calmette-Präparat geimpft worden sind, daß Eltern durch Verschweigen und durch Vorpiegelung falscher Tatsachen zur Erklärung ihres Einverständnisses gebracht worden sind, daß nach Ausbruch des Kindersterbens zum Schein die Fütterung weitergeführt worden ist, bis nichts mehr zu verheimlichen war. Nicht Rettung der Kinder, sondern Rettung der wissenschaftlichen und der eigenen Autorität war der erste Gedanke. (Hört! hört!)

## Keine Verhandlungen mit Polen über Abänderung der Agrarzölle

Über die Stellungnahme der maßgebenden deutschen Kreise zur polnischen Note vom 18. Juni, in der Vergleichsverhandlungen aus Anlaß der deutschen Zollrückstellungen für landwirtschaftliche Produkte angesetzt werden, erklärt der Dr. Gropf, daß Verhandlungen mit Polen über eine Abänderung der deutschen Agrarzölle als ausgeschlossen angesehen werden. Die polnische Note ist am Mittwoch, dem 18. Juni, beim Auswärtigen Amt im Wartsaal eingegangen und wird nunmehr von den zuständigen Stellen geprüft.

wärts“ heute betont: „Das Kabinetts Brüning hat für seinen Fortbestand eine Chance — sie besteht darin, daß nirgends Neigung vorhanden ist, seine Erbschaft anzutreten. Nicht seine innere Stärke oder seine Leistungen bilden die Grundlage seiner Existenz, sondern allein dieser fatale Umstand.“

Die „Germania“ erklärt: „Die Krise, die um den Reichsfinanzminister entstanden ist, ist für das Kabinetts, das ohnehin in schwieriger Position um die Sicherstellung eines ausgeglichene Etats kämpft, von erster Bedeutung. Die Krise ist einer Fraktion und auch die Krise zwischen dieser Fraktion und einem ihr zugehörigen Kabinettsmitglied braucht jedoch die Stellung des Kabinetts und des Ministers nicht zu berühren.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ des Reichsernährungsministers Schiele sagt: „Das Verbleiben Moldenhauers im Kabinetts würde dessen schon so stark erschütterten Kredit nur noch weiter mindern und wenn überhaupt ein anderes Mitglied dieses Kabinetts als Nachfolger Moldenhauers in Frage kommt, dann würde es nur der Reichskanzler selbst sein, der ja finanzpolitischer Sachmann ist. Unmöglich sollte heute eine Reichstagsauflösung erscheinen. (Die Angst ist begreiflich. D. Red.)“

## Der neueste Nazischwindel

In nationalsozialistischen Zeitungen und Versammlungen wird behauptet, daß die deutsche Revolution mit französischem Geld gemacht worden ist und daß „Dittmann und Crispian in naher Beziehung zu französischen Offizierspionen“ gestanden haben. Die Reichstagsabgeordneten Dittmann und Crispian haben den Reichstagsabgeordneten Lausberg als ihren Reichsbeihilfen beauftragt, gegen die Verleumdungen kräftig vorzugehen.

Es steht fest, daß in Lübeck nach dem ersten Todesfall sämtliche vorhandenen Kulturen vernichtet wurden,

anstatt sie nun erst recht für die Untersuchung aufzubewahren. Ich glaube nicht, daß die noch übrig gebliebenen Kulturen dafür genügen. Das wichtigste Beweismaterial ist also unmittelbar nach der Tat vernichtet worden. Trotzdem hat der Oberstaatsanwalt in Lübeck erst vor wenigen Tagen durch die Presse mitteilen lassen, daß für ihn bis jetzt kein Grund zum Einschreiten bestehe, er wolle das Urteil der Sachverständigen abwarten. Ob die Staatsanwaltschaft auch abwarten würde, wenn ein Heilfunder so verhängnisvolle Erfolge erzielt, ist mehr als zweifelhaft. (Sehr richtig, links.) Die Empörung der Lübecker Bevölkerung ist außerordentlich groß und es ist begreiflich, daß in Lübeck und auch in der Presse gefragt wird, ob diese Stellung der Staatsanwaltschaft etwa beeinflusst sei durch gewisse gesellschaftliche Beziehungen in Lübeck. (Hört, hört, links.)

Für Calmette handelt es sich natürlich um eine Prestigefrage. Aber ich erinnere an das abfällige Urteil vieler bekannten Kinderärzte und daß die „Deutsche Medizinische Wochenschrift“ im vorigen Jahr sich keineswegs empfehlend über die Methode Calmette geäußert hat. In einer Polemik gegen einen Artikel von mir hat ein Berliner Professor gesagt, jeder Fortschritt müsse doch einmal an Menschen ausprobiert werden, das werde immer ein unvermeidliches Übel sein. Ganz recht, es kommt nur darauf an, wer das gesundheitliche Risiko dieser Versuche zu tragen hat. Wenn einer ein neues Flugzeug konstruiert, dann muß er sich bei den ersten Fahrten mit hineinsehen. Wäre er zu feige und verleitete andere, für ihn dieses Risiko zu übernehmen, und gäbe es eine Katastrophe, so würde er bald im Zuchthaus sitzen. Nur der medizinische Fortschritt geht immer auf Kosten von Leben und Gesundheit anderer Menschen. Wir haben in Deutschland über 40000 Ärzte. Will diese Ärzteschaft ein so umstrittenes Mittel gegen Tuberkulose anwenden, dann mögen sich einmal 2000 bis 3000 Ärzte finden, die ein solches Mittel an ihren eigenen Kindern und Kindeskindern anwenden. Das Volk rebelliert gegen den hohen Olymp, der verächtlich auf die Laien herabsieht. Es will die Rettung vor den Volkskrankheiten nicht durch fragwürdige Methoden, sondern durch soziale Hilfe. Wir geht es nicht um die Autorität des Pasteurinstituts oder um das Selbstgefühl von Professor Calmette und anderen. Es handelt sich um die Volksgesundheit, die vor den Experimentierwütigen in den öffentlichen Heilanstalten geschützt werden muß. (Sehr gut, links.)

In den „Ärztlichen Mitteilungen“, der wirtschaftlichen Organisation der Ärzte, im „Deutschen Ärzteblatt“, dem Organ der ärztlichen Ständevereine, in der „Berliner Ärztesprecherspende“, im „Tuberkulose-Zürgeblatt“, dem offiziellen Organ des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose, in allen diesen Zeitschriften ist bis jetzt noch kein Wort über das Lübecker Kindersterben erschienen. Das offizielle Organ zur Bekämpfung des Kurpulscherismus bringt in der letzten Nummer zwar allerhand Kinderleiden, aber von dieser größten Kinderpesterei kein Wort. Die Berliner Medizinische Gesellschaft, die bedeutendste ärztlich-wissenschaftliche Gesellschaft in Deutschland, hat sich am 4. d. M. einen Vortrag über das Calmette-Verfahren halten lassen, an dessen Schluß der Vorsitzende anerkennend hervorhob, daß der Vortragende in einem großen Maß die Lübecker Angelegenheit umgarnen habe, weil man sich mit wissenschaftlichen Fragen beschäftigt habe, aber nicht mit den unheimlichen Vorgängen in Lübeck. (Hört, hört! links.) Es

fange die Leute vom Tag... lange wie in Läden... lange vermerkt... lassen, die betreffenden Kollegen in Schutz zu nehmen und eine Entlastungsprozedur für sie zu ergreifen, so lange man bei solchen Umständen versucht, zu beschleunigen, zu vertuschen und zu beschönigen, so lange kann von einem ethisch hochstehenden Vertreter, der vom Vertrauen des ganzen Volkes getragen ist, seine Rede sein. (Sehr wahr, links.)

Die Tragödie in Läden konnte sich nur ereignen, weil selber noch eine so große Zahl von experimentelleren wütigen Verurteilten in öffentlichen Hallen für seine gefährlichen Verbrechen mißbrauchen kann. Es muß Wahrheit werden, was an den meisten Krankenhäusern angezeichnet ist, daß das Wohl des Kranken das höchste Gesetz für den Arzt sei. (Vehementer Beifall der Soz.)

Abg. Dr. Kuntze (D. Sp.) verlangt in der Verwaltung des Ministeriums größeren Raum für die Behandlung der Kulturfragen. Die Schulgesetzgebung leide darunter, daß der Reichstag nicht im Jahre 1920 ganze Arbeit gemacht habe. Jetzt ist der Weg zu einer dringenden Lösung versperrt, weil die Parteien zu starke Bindungen eingegangen sind. Der Staat darf seine Kohlen in der Schulfürsorge nicht irgendwelcher anderen Instanz preisgeben. Wir müssen endlich in der Schulgesetzgebung vorankommen. Der jetzige Innenminister Dr. Wirth hat bei den früheren Schulgesetzgebungen gezeigt, daß er im Gegensatz zur Zentrumsmehrheit den wichtigsten Verständnis für liberale Gedanken hat. Er wäre darum der geeignete Mann zur Durchführung eines Schulgesetzes, das einen Ausgleich der kulturpolitischen Gegensätze schafft.

Der Redner kommt dann auf das Redebuch Wirth-Frid zurück und erklärt, diese Art des homerischen Kampfes sei für das Parlament unerträglich. Damit würden keine Bausteine für die Reichseinheit geliefert. Der Friede sei auch deshalb abzulehnen, weil man in Fragen des Gebets keine Schulbücherei treiben sollte. In Erziehungsfragen müsse Toleranz das oberste Gesetz sein.

Abg. Dr. Siedemann (Dnat.) fordert einen schärferen Schutz der ungeschulten Religionsübung, wie er von der Verfassung gewährleistet sei.

Abg. Dr. Everling (Dnat.) tritt für die Aufhebung des Staatshelmsverbots im Westen ein. Desgleichen wendet er sich gegen die Verbote des Wehrwolves und des Bismarck-Bundes in verschiedenen Gebieten.

Abg. Frau Wendee (Komm.) bestreitet, daß der Geburtenrückgang auf den stilligen Beifall zurückzuführen sei. Schuld seien vielmehr die wirtschaftlichen Verhältnisse des Proletariats.

Abg. Sparre (Dem.) tritt dem Abg. Dr. Everling entgegen. Ein Vertreter konservativer Staatsauffassung sollte sich hüten, die Reichsverfassung in solcher Weise zu ironisieren und zu verhöhnen. Größere Ersparnisse seien notwendig, aber die Wirtschaftspartei gehe mit ihren Streichungsanträgen zu weit.

Abg. Frau Lang-Burmann (Soz. Sp.) bezeichnet die übertriebene Sorgfältigkeit als unerhört. Das Vertrauen in die medizinische Wissenschaft sei dadurch erschüttert worden und die schwarze Beunruhigung sei in die Herzen aller Mütter getragen worden.

Abg. Meyers (Dtsch.-Hann.) fordert baldige Vorlegung eines Wahlsystems mit dem Ziel, den Abgeordneten wieder zum Vertrauen seiner Wähler, statt zum Beauftragten von Organisationen zu machen. Das jetzige System begünstige die Allmacht der Fraktionsführer, deren selbstherrliche Politik den Niedergang des Parlamentarismus verschuldet habe.

Abg. Dr. Löwenstein (Soz.):

Es ist zum Brauch geworden, daß die meisten Parteien bei der Besprechung des Innenetats Bekennnisse über ihre Haltung zu kulturpolitischen Fragen ablegen. Ich will mich für meine Fraktion diesem Brauch nicht entziehen, obgleich in der heutigen Zeit der furchtbaren proletarischen Not das wichtigste beim Etat des Arbeitsministeriums angebracht wäre. Wir sind auch in allen Kulturfragen gesellschaftsrevolutionär.

Der Kapitalismus selbst treibt unbewußt alle Verhältnisse zur permanenten und immanenten Revolutionisierung durch den Klassenkampf.

Abg. Spahn hat Recht, daß die Klassengegensätze den Staat zu erdrücken drohen, aber das gilt nur vom bürgerlichen Staat, und sein Patentmittel der ständischen Reorganisation ist nicht geeignet, die Schäden des Kapitalismus zu heilen. Der Kapitalismus schafft selbst durch seine Kollektivierung der Arbeit die Vorbedingung des neuen kollektiven Menschen. Der kollektive Arbeitsvertrag, Sozialhygiene, soziale Kulturpolitik zeigen das Heranwachen einer neuen Kollektivkultur. Wir gehen, wenn wir die Schaffung dieser neuen Kultur bewußt unterstützen wollen, von der materiellen Grundlage des gesellschaftlichen Lebens als Voraussetzung aus. Dieser unser Materialismus hat wenig mit dem bürgerlichen naturwissenschaftlichen oder ethischen Materialismus zu tun. Wir wollen das materielle Leben, die Grundlage alles Kulturlebens, für die Massen sichern und auf eine höhere Stufe heben.

Millionen Menschen leben unter dem Druck der Reaktion, die sie in alte patriarchalische Verhältnisse zurückstößt. Aber der Kapitalismus selbst macht die Persönlichkeit zur unpersonlichen Ware Arbeitskraft. Wenn wir unsere Politik nicht auf diese Tatsache stützen, so wird sie wirkungslos. Wir müssen diese Massen zu bewußten Trägern einer neuen Gesellschaft machen, sie dazu veranlassen, diese Welt als ihr eigenes Werk zu

schaffen, das sie mit ihren eigenen Kräfte verändern können. Erst wenn dieses Bewußtsein die Massen beherrscht, kann für die kulturelle Arbeit eine wirkliche Kultur geschaffen werden, die alle des Gegenwärtigen übersteigt.

Wir haben Kulturlosteuern, die den Besitzenden und überflüssigen Kulturspenden eine dünne Bekleidung des Schicksals geben. Es ist das Verdienst der Sozialdemokratie und dem Marxismus, daß von allen sogenannten Volksfreunden als Volksverderber beklagt wird, die Erziehung der Massen für dieses Ziel ins Wertvolle zu haben. Auch die Nationalsozialisten haben ansehnliche Erfolge im kollektivistischen Ziel wie wir. Aber ihre sozialen Vorurteile sind unserem Programm gestohlen und einseitig die Begründung ihrer Politik ist unklare Mystik und schamlos die falsche Klassenforschung. Wir verlangen Geltungsraum für die kulturelle Arbeit, die sich ihren Anteil an der Kultur erkämpfen haben und nicht mehr tauben lassen.

Darum verlangen wir immer die Brechung des Bildungsprivilegs der Besitzenden.

Wir lassen es uns nicht länger gefallen, daß neun Zehntel aller Richter, Staatsanwälte, Ärzte und sonstigen sogenannten Kulturbesitzer der kleinen Schicht der Besitzenden entstammen. Wir sind grundsätzlich für eine reichsgesetzliche Regelung der Schulfrage, aber wir sind der Ansicht, daß im augenblicklichen Zeitpunkt der Streit um die verschiedenen Probleme der Volksschule usw. so unfruchtbar und in einem Maße abhängig von reinen Parteiinteressen geführt wird, daß ein endgültiges Reichsgesetz mit einer betriebenden Regelung der Rechte der Volksschulen und anderer Arbeiterforderungen in den Schulfragen nicht möglich ist.

Wir bedauern, daß die Boreingenommenheit konfessioneller Kreise gegen die weltliche Schule so weit geht, daß die entscheidenden pädagogischen Neuerungen, die in den weltlichen Schulen geschaffen worden sind, von bürgerlicher Seite fast überhaupt nicht beachtet werden.

Wir sind grundsätzlich für politische und religiöse Toleranz. Der Zentrumsgewählte Schreiber hat am Dienstag einen Auspruch der sozialdemokratischen Abgeordneten Siemens vom Parteitag zitiert, jedoch leider nicht in dem vollen Wortlaut, wie er im authentischen Protokoll steht. Anna Siemens hat nämlich auf dem Parteitag die Achtung und Toleranz für jede

# Soziale Probleme der Kraftwirtschaft

## Der Weltkraftkonferenz zweiter Tag

Neben zahlreichen rein technischen Berichten und Vorträgen brachte der zweite Tag der Berliner Weltkraftkonferenz auch eine Reihe sehr interessanter wirtschaftlicher und sozialer Feststellungen. In den Verhandlungen, die den „Weltproblemen der Energiewirtschaft“ gewidmet waren, wurde von russischer Seite in einem Spezialbericht des Dipl.-Ing. B. Weiz die Frage aufgeworfen, in welchem Umfang die gegenwärtige Gesellschaft durch die moderne Kraftwirtschaft beeinflusst wird; er vertritt die Meinung, daß eine „zusammene Lösung des Energieproblems der Weltwirtschaft nur durch die Überwindung des anarchischen, privatwirtschaftlichen Produktionsystems ermöglicht wird“. Der deutsche Generalsekretär der Dipl.-Ing. B. zur Nedde verweist demgegenüber auf die großen Vorteile, die die neuzeitliche Energieversorgung der Menschheit gebracht hat. Die Energieerzeugung ist zwar immer weniger Betriebe konzentriert, erzeugt die Energieverteilung wird so dezentralisiert, daß der Einzelne größere Freiheiten in der Wahl des Wohnortes oder des Betriebs hat. Diese dezentralisierte Energieverteilung erlaubt es nach seiner Meinung, Gartenstädte an Stelle von Mietskasernen zu legen, den Großstädter der Natur wieder näher zu bringen, durch Energieüberlieferung der Landwirtschaft die Gegensätze zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft zu mildern. Aber zur Nedde mahnte doch zu geben, daß der Bedarf an geschulten Erwerbstätigen zwar steigt, daß aber insgesamt infolge der modernen Kraftwirtschaft die Nachfrage nach menschlicher Muskelkraft immer mehr sinkt.

Inmitten dieser Streitigkeiten über den Schutz von Energieversorgungsanlagen im Falle von Streitigkeiten. Er verwies dabei darauf, welche katastrophalen Schwierigkeiten im Wirtschaftsleben und im Leben jedes Einzelnen dadurch entstehen können, daß die zentralen Versorgungsanlagen, insbesondere die Gaswerke, die Elektrizitätswerke, die Transformatorstationen usw. durch Streit oder Unruhen stillgelegt werden. In Deutsch-

land sind Gefahren der Allgemeinheit durch solche Störungen dadurch unmöglich gemacht, daß die Gewerkschaften den Streik in solchen Anlagen von sich aus erklären und daß die Gesetzgebung hier außer dem Schlichtungszwang eine beschleunigte Schlichtung vorsieht. Außerdem sind mehrfach zwischen den Gewerkschaften und den Energieerzeugungsbetrieben für den Streikfall bestimmte Notarbeitsverträge geschlossen worden.

Wenn in Fällen dieser Art soziale Erschütterungen mit Hilfe der Arbeitsorganisationen so weit geregelt werden, daß Katastrophen der Allgemeinheit vermieden werden, so liegt doch der Gedanke nahe, daß auch in anderen Hinsichten ohne die Mitarbeit der großen Massenorganisationen auch die größten sozialen Probleme der Welt soziale und wirtschaftliche Weltprobleme nicht lösen können.

Einen sehr interessanten Beitrag, der wiederum aus dem technischen und wirtschaftlichen ins politische Gebiet führt, hielt der Hauptvortrag, den der frühere französische Ministerialdirektor im französischen Handelsministerium, Professor Serruys, über das Thema „Neue Formen der Rationalisierung“ hielt. Er verwies auf den deutschen französischen Stahlpakt, an dessen Zustandekommen er übrigens beteiligt war, der eine großzügige internationale Produktionsorganisation eingeführt habe. Eine noch größere Aufgabe wird, wie er ausführte, die einheitliche Erschließung der europäischen Wasserkräfte sein. Serruys schloß mit einem Aufruf an die Völker, sich zur Lösung solcher Aufgaben zusammenzuschließen.

Von den Vorträgen, die am Dienstag vormittag zu dem Thema „Elektrizität in Industrie und Gewerbe“ gehalten wurden, sind insbesondere die Ausführungen über die günstigen Wirkungen guter Beleuchtung in industriellen Betrieben, insbesondere in den Betrieben unter Tage, hervorzuheben. Hierüber wurde ausführlich von Prof. S. O. Waisel, Russland und L. Schneider, Deutschland berichtet. Ferner brachte Philippi, Deutschland interessante Belege dafür, wie in Bergwerksbetrieben durch verbesserte Beleuchtung die Leistung der Arbeiter gehoben, Unfälle vermieden und insbesondere Augenkrankheiten (Augenentzündungen) vermieden werden.

Am Dienstag vormittag wurden in einer Sondergruppe Brennstoff-, Kraft- und Warmwasserwirtschaftsfragen einzeln behandelt; neben den Berichten über Ungarn, Italien, Jugoslawien, Polen, Argentinien usw. waren insbesondere zwei von besonderem Interesse: der Bericht von Prof. Dr. Waisel über die Verwertung der Kohle in Deutschland, und der Bericht des Russen S. Balasschin über die gewaltigen Energiequellen Sibiriens, die bisher fast noch überhaupt nicht erschlossen sind.

# Zarentod

## Das tragische Ende dreier russischer Kaiser

Copyright durch: Verlag „Das neue Geschlecht“ Frankfurt a. M. 7) (Nachdruck verboten!)

Von neuem zerfiel ein furchtbarer Schlag die Luft, Qualm und Schnee flogen auf. Als der Buldornebel verschwunden war, sah man ein furchtbares Schauspiel.

Zwischen Schnee und Rehrizt leuchteten Blutlachen, menschliche Glieder, Kleiderfetzen und Spauletten bedeckten den Boden. Mehrere Tote lagen auf der Erde, zwanzig Verletzte wählten sich herum, am Gitter des Kanals trümmte sich ein Mensch, es war der Zar Alexander II. Alles an ihm schien zerfallen, der Mantel und das Gesicht, die Kopfbedeckung und der Körper. Die Beine waren bis zu den Knien zergerissen, die furchtbaren Stümpfe entblüht, und es schob ein Blutstrom aus ihnen heraus.

Die Menschen rundum drängten sich um den zu Tode getroffenen Kaiser, man wollte helfen und war ratlos. Und das Blut kann unaufhörlich in den Boden. Großfürst Michael eilte herbei; er war der erste, der klare Anordnungen traf. Er ließ den Verwundeten in einen Schlitten heben, aber die Wunde schützte, man rief den Halbtoten heraus und legte ihn in den Schlitten des Polizeiministers. Ein Kittermeister, der selbst schwer verwundet war, legte sich dem Zar gegenüber. Er hielt die zerstückelten Beinlumpen in die Höhe, um die Verblutung zu verhindern. Da lagte der Zar mit gedrohenem Stimm: „Ist der Thronfolger am Leben?“ Es war der Wahnsinn, der aus ihm sprach. Die Frage wurde bejaht. Da suchte Alexander das Kreuz zu fassen, aber die Kräfte des Armes reichten nicht hin. „Kalt“, antwortete er auf die Frage, ob er bei Bewußtsein sei.

Alexander wollte recht schnell nach Hause fahren und im Schlaf sterben. Dann hat er noch einmal man solle ihn mit einem Totenkutsch bedecken. Er gebaute sterbend seine Würde zu wahren.

Antigam aus der Wagen seine Blutspur nach dem Winterpalais. Großfürst Michael folgte ihm. Man wollte den Kaiser mit einem Kutusch nach seinem Gemächern schaffen. Lange dauerte es, bis die Kutusch, die zu diesem Zweck führte, geöffnet war. Schließ-

liche und wahrhaft innerlich religiöse Überzeugung, aber sie hat darauf hingewiesen, daß die großen religiösen Organisationen zugleich politische Machtorganisationen sind und als unsere politischen Gegner auftreten. Diesen Organisationen gegenüber als politische Machtfaktoren hat sie eine Präzisierung der sozialdemokratischen Stellungnahme gefordert. Wenn Toleranz von uns verlangt, so muß man auch Toleranz von uns über üben, was bisher in den wenigsten Fällen geschehen ist. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Toos (Ztr.) erwidert dem Volksparteiler Kuntze, daß Minister Wirth nicht als Politiker liberal sei, sondern von deutscher Liberalität des Wesens und außerdem von echt demokratischer Disziplin, in der Wirth mit dem Zentrum über die Schule vollkommen einig sei. Dr. Löwenstein erwidert dem Redner, daß auch er Volksschule durch und für das Volk wollte, aber nicht von der Klasse her. Achtung jeder ehrlichen Überzeugung, aber keine relative Weltanschauung kann der Religion gleichgestellt werden. Erleichterungen für Familien sollten in alle neuen Steuergesetze hinein, denn diese Grundzüge des Volks- und Staatslebens gesund zu erhalten, ist unter aller Interesse und Aufgabe. Bei allen Anstellungen sollten Arbeiter bevorzugt werden. (Beifall im Zentrum. — Abg. Siedemann (Soz.): Da dürften Brüning und Wirth nicht Minister sein, denn beide sind Junggesellen; das ist auch die Ursache der Schwäche der Regierung. — Beifall.)

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.): Ein nationalsozialistischer Polizeiminister sollte in der Deutschen Republik unmöglich sein. 17 Millionen will die Fried-Regierung von der Steuerbank leihen, hier aber reidet Fried große Töne. Everling hat Otto Braun einen Eingriff in die Justiz zu Unrecht nachgesagt. Fried aber hat den unabhängigen Kreisverwaltungsgerichten vorgeschrieben, wie sie Konfessionsangelegenheiten behandeln sollen. Fried versucht besonders, das weibliche Berufsausbildungswesen zu umwürgen; er hebt die Pflichtenstunden herab, das Schulgeld hinauf, entläßt Lehrer, verhängt Prüfungsperre, so daß die jungen Leute ihr kostspieliges Studium nicht abschließen können. Dem Volkshochschulverein hat dieser „Volksbildungsminister“ den ganzen Staatszuschuß entzogen, ebenso der Volkshochschule Dreißigtausend (Zuruf von den Soz.): Das haben die bürgerlichen Parteien mitgemacht! und der Hochschule Tinz trotz stiftungsmäßiger Verpflichtung. Eltern und Kinder müssen vor politischem Mißbrauch

# Soziale Probleme der Kraftwirtschaft

## Der Weltkraftkonferenz zweiter Tag

Neben zahlreichen rein technischen Berichten und Vorträgen brachte der zweite Tag der Berliner Weltkraftkonferenz auch eine Reihe sehr interessanter wirtschaftlicher und sozialer Feststellungen. In den Verhandlungen, die den „Weltproblemen der Energiewirtschaft“ gewidmet waren, wurde von russischer Seite in einem Spezialbericht des Dipl.-Ing. B. Weiz die Frage aufgeworfen, in welchem Umfang die gegenwärtige Gesellschaft durch die moderne Kraftwirtschaft beeinflusst wird; er vertritt die Meinung, daß eine „zusammene Lösung des Energieproblems der Weltwirtschaft nur durch die Überwindung des anarchischen, privatwirtschaftlichen Produktionsystems ermöglicht wird“. Der deutsche Generalsekretär der Dipl.-Ing. B. zur Nedde verweist demgegenüber auf die großen Vorteile, die die neuzeitliche Energieversorgung der Menschheit gebracht hat. Die Energieerzeugung ist zwar immer weniger Betriebe konzentriert, erzeugt die Energieverteilung wird so dezentralisiert, daß der Einzelne größere Freiheiten in der Wahl des Wohnortes oder des Betriebs hat. Diese dezentralisierte Energieverteilung erlaubt es nach seiner Meinung, Gartenstädte an Stelle von Mietskasernen zu legen, den Großstädter der Natur wieder näher zu bringen, durch Energieüberlieferung der Landwirtschaft die Gegensätze zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft zu mildern. Aber zur Nedde mahnte doch zu geben, daß der Bedarf an geschulten Erwerbstätigen zwar steigt, daß aber insgesamt infolge der modernen Kraftwirtschaft die Nachfrage nach menschlicher Muskelkraft immer mehr sinkt.

Inmitten dieser Streitigkeiten über den Schutz von Energieversorgungsanlagen im Falle von Streitigkeiten. Er verwies dabei darauf, welche katastrophalen Schwierigkeiten im Wirtschaftsleben und im Leben jedes Einzelnen dadurch entstehen können, daß die zentralen Versorgungsanlagen, insbesondere die Gaswerke, die Elektrizitätswerke, die Transformatorstationen usw. durch Streit oder Unruhen stillgelegt werden. In Deutsch-

land sind Gefahren der Allgemeinheit durch solche Störungen dadurch unmöglich gemacht, daß die Gewerkschaften den Streik in solchen Anlagen von sich aus erklären und daß die Gesetzgebung hier außer dem Schlichtungszwang eine beschleunigte Schlichtung vorsieht. Außerdem sind mehrfach zwischen den Gewerkschaften und den Energieerzeugungsbetrieben für den Streikfall bestimmte Notarbeitsverträge geschlossen worden.

Wenn in Fällen dieser Art soziale Erschütterungen mit Hilfe der Arbeitsorganisationen so weit geregelt werden, daß Katastrophen der Allgemeinheit vermieden werden, so liegt doch der Gedanke nahe, daß auch in anderen Hinsichten ohne die Mitarbeit der großen Massenorganisationen auch die größten sozialen Probleme der Welt soziale und wirtschaftliche Weltprobleme nicht lösen können.

Einen sehr interessanten Beitrag, der wiederum aus dem technischen und wirtschaftlichen ins politische Gebiet führt, hielt der Hauptvortrag, den der frühere französische Ministerialdirektor im französischen Handelsministerium, Professor Serruys, über das Thema „Neue Formen der Rationalisierung“ hielt. Er verwies auf den deutschen französischen Stahlpakt, an dessen Zustandekommen er übrigens beteiligt war, der eine großzügige internationale Produktionsorganisation eingeführt habe. Eine noch größere Aufgabe wird, wie er ausführte, die einheitliche Erschließung der europäischen Wasserkräfte sein. Serruys schloß mit einem Aufruf an die Völker, sich zur Lösung solcher Aufgaben zusammenzuschließen.

Von den Vorträgen, die am Dienstag vormittag zu dem Thema „Elektrizität in Industrie und Gewerbe“ gehalten wurden, sind insbesondere die Ausführungen über die günstigen Wirkungen guter Beleuchtung in industriellen Betrieben, insbesondere in den Betrieben unter Tage, hervorzuheben. Hierüber wurde ausführlich von Prof. S. O. Waisel, Russland und L. Schneider, Deutschland berichtet. Ferner brachte Philippi, Deutschland interessante Belege dafür, wie in Bergwerksbetrieben durch verbesserte Beleuchtung die Leistung der Arbeiter gehoben, Unfälle vermieden und insbesondere Augenkrankheiten (Augenentzündungen) vermieden werden.

Am Dienstag vormittag wurden in einer Sondergruppe Brennstoff-, Kraft- und Warmwasserwirtschaftsfragen einzeln behandelt; neben den Berichten über Ungarn, Italien, Jugoslawien, Polen, Argentinien usw. waren insbesondere zwei von besonderem Interesse: der Bericht von Prof. Dr. Waisel über die Verwertung der Kohle in Deutschland, und der Bericht des Russen S. Balasschin über die gewaltigen Energiequellen Sibiriens, die bisher fast noch überhaupt nicht erschlossen sind.

# Zarentod

## Das tragische Ende dreier russischer Kaiser

Copyright durch: Verlag „Das neue Geschlecht“ Frankfurt a. M. 7) (Nachdruck verboten!)

Von neuem zerfiel ein furchtbarer Schlag die Luft, Qualm und Schnee flogen auf. Als der Buldornebel verschwunden war, sah man ein furchtbares Schauspiel.

Zwischen Schnee und Rehrizt leuchteten Blutlachen, menschliche Glieder, Kleiderfetzen und Spauletten bedeckten den Boden. Mehrere Tote lagen auf der Erde, zwanzig Verletzte wählten sich herum, am Gitter des Kanals trümmte sich ein Mensch, es war der Zar Alexander II. Alles an ihm schien zerfallen, der Mantel und das Gesicht, die Kopfbedeckung und der Körper. Die Beine waren bis zu den Knien zergerissen, die furchtbaren Stümpfe entblüht, und es schob ein Blutstrom aus ihnen heraus.

Die Menschen rundum drängten sich um den zu Tode getroffenen Kaiser, man wollte helfen und war ratlos. Und das Blut kann unaufhörlich in den Boden. Großfürst Michael eilte herbei; er war der erste, der klare Anordnungen traf. Er ließ den Verwundeten in einen Schlitten heben, aber die Wunde schützte, man rief den Halbtoten heraus und legte ihn in den Schlitten des Polizeiministers. Ein Kittermeister, der selbst schwer verwundet war, legte sich dem Zar gegenüber. Er hielt die zerstückelten Beinlumpen in die Höhe, um die Verblutung zu verhindern. Da lagte der Zar mit gedrohenem Stimm: „Ist der Thronfolger am Leben?“ Es war der Wahnsinn, der aus ihm sprach. Die Frage wurde bejaht. Da suchte Alexander das Kreuz zu fassen, aber die Kräfte des Armes reichten nicht hin. „Kalt“, antwortete er auf die Frage, ob er bei Bewußtsein sei.

Alexander wollte recht schnell nach Hause fahren und im Schlaf sterben. Dann hat er noch einmal man solle ihn mit einem Totenkutsch bedecken. Er gebaute sterbend seine Würde zu wahren.

Antigam aus der Wagen seine Blutspur nach dem Winterpalais. Großfürst Michael folgte ihm. Man wollte den Kaiser mit einem Kutusch nach seinem Gemächern schaffen. Lange dauerte es, bis die Kutusch, die zu diesem Zweck führte, geöffnet war. Schließ-

lich erwies sich der Kutusch als zu eng für den Verletzten. Neuer Kutschmann entstand, während das Blut unerbittlich aus dem zerstückelten Körper entwich. Endlich trug man den Bewußtlosen auf vier Händen nach einem Bett. Die Angehörigen des Zaren erschienen, die ersten Ärzte wurden herbeigerufen. Unter dem Einfluß der Behandlung öffnete der Kaiser die Augen. Schon schloß sich die Chirurgie zur Amputation an, da erlachte wieder die künstlich angeregte Herzstätigkeit. Von da an dauerte es nicht lange, bis der erste Arzt sich vor dem Thronfolger verneigte und ihm den Tod des Zaren Alexander II. mitteilte.

Jeber das heilige Russland verbreitete sich die Stimmung eines Sterbepalastes. Sie herrschte auch an dem Tag, wo das Strafgericht an den Tatern vollzogen wurde.

Am 15. April gegen 7 Uhr morgens stellten sich die Strahlen von Petersburg mit Menschen. Sie wollten den letzten Gang der sechs Millionen sehen, die als schuldig oder mitschuldig an dem Tode des Zaren Alexander befunden worden waren. Truppenabteilungen sperrten die Strahlen bis zum Schemonowischen Platz ab, auf dem ein schwarz gestrichener Galgen aufgebaut war. Sechs Ringe hingen an den Querbalken des Galgens, und dahinter standen die Schandstufen; an die man die Delinquenten mit Ketten zu fesseln gedachte, falls sie bei der Verlesung des Urteils Widerstand leisten wollten. Hinter dem Gerüst bauten sich fünf offene Särge auf, dort lagen auch die grauen Leberwürde, die den Verurteilten über den Kopf zu ziehen waren, bevor sie die Stufen des Scharlots hinanstiegen.

Die Gardebataillone hatten um das Gerüst Aufstellung genommen. In der Höhe des Scharlots sah man Offiziere und die Verurteilten russischer und ausländischer Blätter. Unmittelbar zu Füßen des Galgens wartete der Henker, ein alter Bärbar in Bauerntracht, mit entzündeten, trübenden Augen. Er war mit vier Gehilfen gekommen.

Endlich nachten die zwei schwarz gestrichenen von häßlichen verurteilten Karren, auf denen die Verurteilten saßen. Die Händlärgerin Helmman schloß; man hatte ihre Strafpflicht erfüllt, da bei ihr Schwangerschaft festgestellt worden war. Die Wagen fuhren an, das Gerüst bekam den Gefangenen war, die Stufen abgenommen, und sie stellten sich an den Wänden auf. An erster Stelle stand Kyslaw, der Sohn des Händlärger aus dem nördlichen Russland. Er hatte die eine Bombe geworfen und schien vollkommen gelbeschwendend.

Dann kam Scheljabow, ein Bauernsohn aus der Krim, groß und schlant, das große Abbild eines Aufstiegers. Er war blaß aber beherrschend, wollte sogar an das Volk sprechen, doch ein Trommelwirbel hinderte ihn daran. Die schöne Peromslaja bewahrte eine vornehme Haltung. Michaelow, dem durch Kyslaw's Auslagen der Wurf einer Bombe nachgewiesen worden war, sprach während mit der Peromslaja. Der Chemiker Ribalskiß stammte aus Krim, ergriffen von einer verstärkten Teilnahmslosigkeit.

Der Henker legte den Kopf ab, so daß sein rotes Hemd sichtbar wurde. Mit einem rohen Griff faßte er nach dem Hals der Verurteilten, um sich zu überzeugen, ob die Schlinge richtig gelegt werden könne. Als er die Peromslaja berührte, trat das Mädchen sichtlich von Scham und Ekel befißt, einen Schritt zurück.

Eine Viertelstunde dauerte die Hinrichtung. Bevor sie vollzogen wurde, hatten alle Verurteilten das Kreuz geküßt und den Segen eines Heiligen entgegengenommen. Dann umarmten sie einander noch einmal zum letzten Abschied. Von Kyslaw, der als Verräter angesehen wurde und traurig dabeistand, verabschiedete sich niemand.

Ein furchtbarer Zwischenfall hatte die Exekution in die Länge gezogen. Als die Gehilfen des Henkers Michaelow die Stufen des Gerüsts hinaufführten, war dieser bereits ohne Bestimmung. Der Henker legte ihm die Schlinge fest um den Hals und besetzte sie an den Seitenbalken. Michaelow kam zusammen, so daß er schon an dem Strick hing, obgleich seine Füße und unter einem entsetzlichen Aufschrei aller Umstehenden stürzte der Delinquent in die Tiefe. Der Strick war gerissen. Durch den Sturz war Michaelow wieder zur Bestimmung gekommen. Er wurde von neuem hinaufgeschleift; der Henker nahm einen anderen Strick. Wieder trat das Furchtbare ein, zum zweiten Mal küßte Michaelow hinunter. Ein Rausen des Entsetzens und der Entrüstung ging über den Schemonowischen Platz. Noch einmal küßte der Henker neben Michaelow nieder. Er nahm einen neuen Strick und als er ihn fest zugeschnitten hatte, gab der Unglückselige kein Lebenszeichen mehr von sich. Man hing einen Verurteilten an den Galgen. Trommelwirbel erscholl bis zum Ende der Exekution.

Eine halbe Stunde hingen die Körper der Verurteilten auf dem Schemonowischen Platz, trübe, von einem letzten Windhauch hin und her bewegt. (Schluß)

Schule geschickt werden. Am Dienstag hat Feld behauptet, die Nationalsozialisten wollten nur eine geistige Revolution. Das sei weder eine Freiheit oder das nationale sozialistische Programm ist ein Betrug an den sozialen Anhängern. Wir verlangen die Reichsangehörigen an Stelle der Landesbürgerschaft. Das ernste Bemühen um die Gebietsreform als Kulturbolschewismus zu bezeichnen, ist höchst unangebracht.

Abg. Frau Dr. May (D. Vp.): Schon 1924 hat das Ministerium die Schulgebiete in Thüringen eingezogen. Wir haben heute 42 verschiedene Formen höherer Schulen. Die Vereinheitlichung ist dringend notwendig, ebenso bei der Lehrerbildung. Die Vereinheitlichung ist ohne Verfassungsänderung durch Anwendung des Artikels 10 der Verfassung durchzuführen. Die Verfassung spricht über den olympischen Kongress und erklärt die Leistungen für nötig für die Sportpropaganda, rückt allerdings von „dem Schmelz-Krummel“ ab. Wir fordern pflichtgemäßes Turn- und Sportunterricht in den Berufsschulen. Das nötigen, alle Turn- und Sportlehrer zur Unfallversicherung zu verpflichten, ist eine abzulehnende Belastung der Körperpflege. Das Sportforum muß unbedingt bis zur Olympiade 1936, die in Berlin stattfinden, fertiggestellt werden. Eine Novelle zum Filmgesetz zur Abwehrbestimmungen gegen Aufführung antideutscher Hetze im Ausland bringen. Wir stellen uns hinter die Entschließung gegen den Kulturbolschewismus und lehnen die Entschließung des Schutzes des Religions durch Schutz der Weltanschauung in der anderen Entschließung ab. Wir verlangen die Schaffung eines Gesetzes über das Dienstverhältnis der Beamtinnen.

Abg. Frau Weber (Fr.): Man hat Fried mit der ausgedehnten Beihilfe viel zu viel Ehre angetan. (Sehr wahr! in der Mitte)

und Amts). Der sozialistische Kulturwille soll nicht unterdrückt werden, aber wir verlangen ebenfalls Raum für die deutsch-christliche Volksbewegung.

Abg. Stöhr (Natj.): Der Demokrat Dr. Haas hat einmal geschrieben, daß die Republikaner besorgt sind über die Entwicklung dieser Republik. Sozialdemokraten wollen eine sozialistische Republik, die Volkspartei stellt grundsätzliche Verfassungsanträge — alle sind gegen diesen Staat, wir sind die eigentliche Staatspartei. (Große Heiterkeit). Die übergroße Mehrheit unserer Partei ist republikanisch, wenn auch nicht für diese bemerkenswerte Republik. Der nächste Wahlsonntag werde den Bankrott des Liberalismus feststellen. (Lärm der Komm.: Der Posten des Finanzministers ist noch frei. — Stöhr: Darüber reden wir später. — Der Kommunist Jaddach rufft: Dazu bist du ja zu dämlich!) Jaddach erhält einen Debnungsruf.

Abg. Dr. Numan (Chr.-nat. U.G.) verlangt wie in Amerika Privatrundfunksender für kirchliche und andere Weltanschauungsgemeinschaften. Solange es diese noch nicht gibt, darf aber keine religionslose Minderheit bevorzugt werden.

Abg. Döhrich (Chr.-nat. Bauernpt.): Aus der Schule muß alle Politik verschwinden.

Abg. Sölmann (Soz.): Abg. Stöhr hat als erster Nationalsozialist eine sachliche Rede im Reichstag gehalten. Mit „Strochewismus“ habe ich keine Parteien, sondern politische Kaufleute bezeichnet, die Versammlungen sprengen und Andersdenkende niederschlagen. Nach den Ausführungen des Abg. Stöhr nehme ich an, daß er in Zukunft im Kampf gegen den Strochewismus auf meiner Seite stehen wird. (Heiterer Beifall).

Freitag, 12 Uhr: Abstimmungen und Haushalt des Ministeriums für die besetzten Gebiete. — Schluß gegen 17.30 Uhr.

Die nationalsozialistische Presse erklärt heute im übrigen, daß die fehlenden Milliarden des Schatzamtes für die Bedürfnisse der Landesverteidigung ohne Wissen und ohne Kontrolle des Parlaments verausgabt worden sind, teils um die Festungsbauten zu beschleunigen, teils um die Munition- und Materialbestände von Meer, Marine und Luftflotte zu verstärken.

### Am die „Verewigung“ der polnischen Grenzen

Sturm in der polnischen Presse gegen die Pariser „Bolonté“

Die polnische Presse nimmt in sehr erregter Sprache Stellung zu einem in der Pariser „Bolonté“ veröffentlichten Artikel von Professor Dautz, in welchem dieser Anhänger einer deutsch-französischen Verständigung die Meinung vertritt, daß das Verständigungsproblem hauptsächlich durch die Frage des polnischen Korridors erläutert werde. Die durch den Korridor erfolgte Trennung Deutschlands in zwei Teile nennt Dautz „die größte Ungerechtigkeit und einen schweren Fehler des Versailler Vertrages“. Dautz und der Korridor müßten an Deutschland zurückgegeben werden und Polen könnte durch Korrechte wirtschaftlicher Art in Danzig, durch Zuteilung von Kolonialgebieten u. a. entschädigt werden. Dautz spricht die Hoffnung aus, daß Polen „für das Wohl Europas“ Opfer bringen werde. Auf diese Ausführungen reagiert nun die polnische Presse in allerhöchster Tonart. Der „Kurjer Gdansk“ nennt den Artikel „unerhörte“, Korfants „Polonia“ schreibt, der Artikel der „Bolonté“ sei „ein Gemengel von Unkenntnis, Naivität und deutschfreundlichen Stimmungen“, er müsse aber als außerordentlich symptomatisch angesehen werden, weil zum ersten Mal ganz offen ein Plan zur Revision der polnischen Grenzen aufgestellt werde. Sollte Frankreich wirklich für eine Wänderung des Versailler Vertrages eintreten, so wäre dies, wie die „Polonia“ weitgehend bemerkt, dem Sprung eines Selbstmörders vom Eiffelturm gleichzustellen. Die offizielle „Gazeta Polska“ betont, daß Dautz's Ansichten nicht die der französischen Regierungskreise wären. Ferner hebt das Blatt hervor, daß in der Frage der Unabhängigkeit der polnischen Grenzen alle Parteien und Gruppen Polens ohne Rücksicht auf die sie sonst trennenden scharfen innerpolitischen Gegensätze einig seien.

# Wirtschaftspartei will Arbeitsdienstpflicht

## Das Führerpersonal will man aus Beamtentreifen und entlassenen Heeresangehörigen zusammenfugen

Die Wirtschaftspartei hat im Reichstag einen Gesetzesentwurf zur Durchführung der Arbeitsdienstpflicht eingebracht. Sie will damit neue Arbeitsmöglichkeiten schaffen und zur Abdeckung der Reparationslasten beitragen. Arbeitsdienstpflichtig soll jeder Deutsche im Alter von 17 bis 25 Jahren sein, abgesehen von Personen, die zu entehrenden Strafen verurteilt sind. Für Personen, die die einzigen Ernährer ihrer Eltern sind oder die ihre Berufsausbildung noch nicht abgeschlossen haben, sind Zurückstellungen vorgesehen. Die Leitung der Arbeitsdienstpflicht soll in der Hand der „Direktion des öffentlichen Arbeitsdienstes“ liegen. Der Direktor vom Range eines Staatssekretärs im Reichsarbeitsministerium soll vom Reichspräsidenten auf Vorschlag des Reichskabinetts ernannt werden. Das Führerpersonal will die Wirtschaftspartei aus Beamtentreifen entnehmen; bewährte entlassene Heeresangehörige auch noch. (Red.) sollen bei der Auswahl bevorzugt werden. Die Arbeitsdienstpflichtigen sollen nach dem wirtschaftsparteilichen Antrag ähnlich wie leinertzeit das Militär Unterkommen, Kleidung, Verpflegung, freie Heilbehandlung und eine Tagesvergütung von 40 Pfennigen erhalten. In erster Linie sollen Arbeiten auf land-, forst- und wasserwirtschaftlichem Gebiet, Hilfsarbeiten zugunsten des öffentlichen Verkehrs, Kanalarbeitsarbeiten und Notstandsarbeiten für die Arbeitsdienstpflichtigen in Frage kommen. Der freie Arbeitsmarkt und die freie Wirtschaft sollen durch diese Arbeiten nicht beeinträchtigt werden. Die Empfänger der Arbeitsdienstleistung haben ein vertragliches Entgelt an die Kasse des Deutschen Arbeitsdienstes zu zahlen.

Wir haben den Antrag der Wirtschaftsparteiler nur deshalb ausführlich wiedergegeben, weil er deutlich zeigt, wie schnell und bündig in Deutschland die Wirtschaftspartei, Arbeitsmarkt-

und Wirtschaftsprobleme lösen. Mit diesem Antrag, dessen Grundgedanke schon seit mehr als zehn Jahren in Deutschland spukt, ist noch nicht im geringsten ein Weg für eine praktische und zweckmäßige Lösung des angeschnittenen Problems gewiesen. Gewiß, es wäre sehr schön, wenn man den Arbeitsmarkt durch eine Herausnahme der jugendlichen Arbeitskräfte für außerarbeitsmarktliche Arbeit entlasten könnte. Es würde auch nicht schaden, wenn man dem schäumenden Kraftgefühl, das sich Tag für Tag und Nacht für Nacht in den Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten austobt, durchbringende Betätigungsmöglichkeiten bieten könnte. Aber mit diesen Wünschen, die gewiß neun Zehntel der deutschen Bevölkerung teilen, ist noch gar nichts getan und so einfach, wie sich die Herren Wirtschaftsparteiler die Dinge zurechtlegen, liegt das Arbeitsdienstpflichtproblem denn doch nicht. Auch das neue Arbeitsmilitär kostet Geld. Das erste Ziel müßte sein, daß sich diese Arbeitsarmee zunächst einmal selbst ernährt und versorgt. Hierfür wären aber zunächst genaue Berechnungen notwendig. Noch schwieriger ist die Lösung der Führerfrage. Die deutsche Arbeiterschaft dankt für einen neuen Militarismus. Eine deutsche Arbeitsarmee ist — wenn sie möglich ist — nur möglich unter der Führung der Gewerkschaften. Die Reichswehr der Republik ist zu neun Zehntel in der Hand der Kreise, die von jeder die Generale und hohen Offiziere stellen. Die Führung einer Arbeitsarmee könnte nur in der Hand der deutschen Arbeiter, d. h. der Gewerkschaften liegen. Wer das nicht erkennt, ist ein Utopist.

### Zwischenfall im Nürnberger Stadtparlament

Die Nazis erscheinen in Uniform zur Sitzung

Nürnberg, 16. Juni.

Als die Nationalsozialisten in der gestrigen Vollversammlung des Stadtrats in Hitler-Uniform erschienen, wurde die Sitzung auf Antrag der Sozialdemokraten vertagt. Vor der Abstimmung erklärte Oberbürgermeister Dr. Luppe, daß er in dem uniformierten Erscheinen einer ganzen Fraktion eine Störung der Geschäftsordnung sehe und im Wiederholungsfall einschreiten werde. Bei der Abstimmung gefolten sich die Volkspartei und Kommunisten zu den Nationalsozialisten.

### Große Pleite in der Hugenbergpresse

Eine Reihe von Zeitungen und Verlagen werden aufgelöst

Im Rheinland haben dieser Tage verschiedene Hugenbergblätter die Pleite angemeldet. Die deutsch-nationalen Zeitungen in Köln und Neulinghausen werden schon demnächst ihr Erscheinen einstellen, andere deutsch-nationale Blätter — wie z. B. das in Münster — sollen künftig nur noch als Kopfbücher herausgegeben werden. Der Hugenberg-Konzern hat die Auflösung bisher selbständiger rheinischer Verlage bezw. den Bericht auf das Weitererhalten eines Teiles seiner rheinischen Blätter beschlossen, nachdem er diesen Verlagen bezw. Zeitungen monatlich je 20 000 Mark Zuschuß geleistet hat. Umsonst — die Blätter gingen bezw. gehen von Tag zu Tag zurück. So folgt dem politischen Niedergang Hugenbergs nunmehr auch der wirtschaftliche Ruin.

Es ist bemerkenswert, daß der Hugenberg-Konzern mit den Nationalsozialisten verhandelt hat, um ihnen die abonamentlosen Blätter anzudrehen. Die Verhandlungen sind jedoch gescheitert, nachdem Hitler den Braten gerochen hatte.

# Parteien und Parteibildungen

## Eine Rede Severings in Zürich

Zürich, 18. Juni.

Der frühere Reichsminister Karl Severing sprach hier am Mittwoch abend über „Parteien und Parteibildungen in Deutschland.“ In einer glänzenden Skizze zeigte Severing die Entwicklung der deutschen Politik seit dem Kriegsende, wobei er immer wieder auf die Verknüpfung der inneren politischen Fragen mit dem Problem der Außenpolitik hinwies. Auf aktuelle Fragen übergehend, sagte Severing, Deutschland sei von der Weltkrisis am meisten betroffen und die Not im Lande schaffe den extremen Parteien einen guten Nährboden. Dazu gehöre vor allem eine neue ausgeglichene Partei, die neue Auflage der alten Antikommunistischen Partei von 1890, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. In dieser Partei kämpfen Juden gegen Juden, Generäle gegen Generäle und Arbeiter gegen Arbeiter. Aber wenn die Verhältnisse sich konsolidieren würden, dann sei kein Platz mehr für unklare Schranken, dann werde sich bekennen lassen, ob sie für den Kapitalismus oder für den Sozialismus seien. Severing kennzeichnet abschließend in ein paar treffenden Sätzen jene Weberspatrioten, die als Kapitalflüchtlinge die Schweiz um ihre Geldanlagen Deutschland vorziehen und dadurch den dortigen Zustand schaffen, daß Deutschlands Kapital ins Ausland wandert und Deutschland in Amerika Kapital aufnehmen müsse. Die Ausführungen Severings fanden reichen Beifall.

Die von den Kommunisten angekündigte Gegendemonstration wurde wegen Mangel an Teilnehmern. Am Donnerstag abend sprach Severing als Gast der Züricher Sozialdemokratischen Partei über „Koalitionspolitik im Reich und in Preußen.“

Milliarden mit der Wahrheit herauszurücken. Unter diesen Umständen sieht man der Debatte in hiesigen politischen Kreisen mit allgemeiner Spannung entgegen.

### Letzte Nachrichten

#### 120 Menschen in Todesnot

Schwere Wolkensbrüche in der amerikanischen Wildnis

In der Wildnis der Peace River (Kanada) ist eine Kolonne von etwa 120 Menschen infolge riesiger Wolkensbrüche vollkommen von der Außenwelt abgeschnitten worden. Ein Teil ist bereits vor Hunger gestorben. Besser konnte nur ein Teil der Kolonne nach heroischen Kämpfen gegen die Elemente eine in der Nähe der Wildnis gelegene Ortschaft erreichen und die Bewohner von dem Schicksal ihrer Gefährten verständigen. Sofort brachten mehrere Flugzeuge den halbverhungerten Brot und andere Lebensmittel.

Die Kolonne war vor einigen Wochen in Edmonton aufgebrochen, um eine Waldkolonie zu gründen.

Paris, 18. Juni.

Der Initiativantrag der Sozialistischen Partei, der eine öffentliche Debatte in der Kammer über die Verwendung der Sparmilliarden des Schatzamtes herbeiführen will, hat den Ministerpräsidenten Lardieu bereits zum Rückzug genötigt. Lardieu wird zwar heute, wenn der Antrag zur Abstimmung kommt, die Vertrauensfrage dagegen stellen, aber er hat sich doch bereit erklärt, wenigstens vor der Finanzkommission persönliche Ausführungen zu geben. Dieser Entschluß ist um so bemerkenswerter, als Lardieu noch vor zwei Tagen es verächtlich ablehnte, überhaupt vor der Kommission zu erscheinen.

### Auch der Reichsrat gegen die Deckungspläne

Der Steuerauschuß des Reichsrates befaßte sich am Mittwoch nach einer Rede des Reichsfinanzministers mit den Deckungsplänen der Regierung. Die Aussprache ergab, daß keines der im Reichsrat vertretenen deutschen Länder die Steuererhöhung über das Kopfer annehmen wird. Auch der deutsche Vermittlungsvorschlag dürfte keine Mehrheit im Reichsrat finden.

# Bündnisangebot Lloyd Georges an die Labour-Regierung

## von Macdonald abgelehnt

London, 18. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Die Antwort auf das Bündnisangebot Lloyd Georges an die Labour-Regierung ist am Mittwoch nachmittag von Macdonald im Unterhaus während der Debatte über die Arbeitslosenfrage erteilt worden. Der Ministerpräsident erklärte, er lehne jede Koalition mit einer anderen Partei ab. Die Verantwortung für die politische Führung des Landes und die letzten Entscheidungen über die Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit müsse sich die gegenwärtige Regierung unter allen Umständen vorbehalten. Die durch die Welt-

wirtschaftskrise heraufbeschworene Lage des Landes habe jedoch der Arbeitslosigkeit eine solche Ausdehnung gegeben und England in eine so schwierige Lage gebracht, daß er, Macdonald, eine Einladung sowohl an Lloyd George wie an Baldwin habe ergehen lassen, damit die drei Parteien des Unterhauses in einer gemeinsamen Sitzung die kritische Lage besprechen und durch ein gemeinsames Komitee Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit beraten können.

Lloyd George erklärte sich mit dem Vorschlag Macdonalds einverstanden. Die Antwort der Konservativen steht noch aus.

### Die verschwundenen Milliarden

Die Sozialisten verlangen Rechnungslegung des Schatzamtes

Paris, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Dank der Initiative der sozialistischen Fraktion wird der Skandal der verschwundenen Milliarden des Tresors öffentlich in der französischen Kammer in aller Öffentlichkeit geäußert werden.

Die sozialistische Kammerfraktion hat am Mittwoch den Antrag eingebracht, der verlangt, daß die Finanz- und Wirtschaftskommission unverzüglich über die Einnahmen und Ausgaben des Schatzamtes einen ausführlichen Bericht vor der Kammer erstatten und die Kammer die Kommission zur Durchführung dieser Aufgabe mit weitgehenden Vollmachten ausstatte. Die für den nächsten Freitag angekündigte Diskussion des sozialistischen Antrages wird die Regierung zwingen, über den Verbleib der verschwundenen

# Die Vertagung der Senatssession in Polen

## Was wird mit dem Sejm?

Warschau, 18. Juni.

Der polnische Staatspräsident Moscicki, der sich zurzeit auf einer Reise durch das Wilnagebiet befindet, hat die außerordentliche Session des Senats, die heute eröffnet werden sollte, um einen Monat vertagt. Zur größten Überraschung der Senatoren und völlig unerwartet erhielt der Senatsmarschall Szymanski fünfzehn Minuten nach Mitternacht ein Schreiben vom Ministerpräsidenten Slawek, mit welchem ihm das Vertagungsdekret des Staatspräsidenten überliefert wurde. Die erste Senatssession sollte heute zu dem vom Sejm vor seiner Auflösung verabschiedeten Gesetzentwurf über den Schluß der Klempfächer gegen den im Senat starke Opposition besteht. Stellung nehmen, und es wurde allgemein erwartet, daß der Senat mindestens noch zwei Tage zur Erledigung dringender Angelegenheiten bewilligt erhalten würde. Sämtliche Senatsfraktionen der polnischen Opposition werden

nach heute zusammentreten und wahrscheinlich zur Lage eine gemeinsame Erklärung abgeben.

Die Vertagung der Senatsession ist, da es sich um eine auf Antrag von 38 Senatoren einberufene außerordentliche Session handelt, verfassungsmäßig zulässig, widerspricht aber, da die Session auf Verlangen des Senats einberufen war, offensichtlich dem Geist der Verfassung. Der Krieg der Regierung mit den gesetzgebenden Körperschaften dauert somit mit voller Stärke an und es wird allgemein erwartet, daß auch der Sejm, der am 22. Juni nach seiner vor einem Monat erfolgten Vertagung zusammzutreten soll, auch wieder vertagt werden wird. Es wird immer klarer, daß Wilnicks Forderung, das Parlament, während immer sechs Monate auszusetzen, von Regierung und Staatspräsident befolgt werden soll.

# WERTHEIM

BRESLAU 5

Freitag u. Sonnabend  
**billige Lebensmittel**

Sowohl Vorrat. Leichtverderbliche Lebensmittel werden nicht zugesandt.

## Wurstwaren

Blut- u. Leberwurst Halleberbe Pfund	0.75	Zerelat Westfal., vor- zuglich Pfund	1.95
Knoblauchwurst Pfund	0.95	Salami Westfal., vorzüg- lich Pfund	1.95
Jagdwurst Pfund	1.30	Teowurst Rügenwalder Art. Pfund	1.80
Zerelat u. Salami Holleste. Dauerwurst Pfund	1.75	Pasteten- Leberwurst sehr begehrt Pfund	2.00
		Schweinesülze Pfund	0.55
		Rückenspeck Pfund	0.95

## Obst

Stachelbeeren unreif Pfund	0.18
Kirschen Pfund	0.28
Tomaten Pfund	0.38
Bananen Pfund	0.42
Tafeläpfel austral. Pfund	0.48
Blumenkohl Kopf v.	0.15
Gr. Bohnen Pfund	0.32

## Geflügel

Hühner gefroren, Pfund	0.82 an
Hühner ungarische, Pfund	1.10
Junge Gänse Pfund	1.20 an
Junge Enten Pfund	1.45
Rehkeulen Pfund	1.65
Rehrücken Pfund	1.65
Eier 10 Stück von	0.68 an

## Käse und Fett

Camembert vollfett, Schachtel	0.22 u. 0.18	Schweizer bayr. vollfett Pfund von	1.30
Edamer halbfett Pfund	0.68	Tilsiter ohne Rinde halbfett 1-Pfund-Block	0.70
Limburger vollfett Pfund	0.76	Margarine Pfund	0.68
Harzer Käse 3 Pfund	0.88	Kokosfett 1 Pfund-Tafel	0.70
Holländer vollfett, Pfund	0.90	Bratenschmalz Pfund	0.56

## Frisches Fleisch

Schweinekopf Pfund	0.50
Schweinebauch mit Bollage Pfund	0.70
Schweineschinken mit Bollage Pfund	0.95
Schweinerücken mit Bollage Pfund	1.00
Schmortfleisch mit Knochen Pfund	1.00
Schmortfleisch ohne Knochen Pfund	1.25 und 1.10
Kalbskamm Pfund	0.88
Kalbsnierenstück Pfund	0.94
Hammelvorderfleisch Pfund	1.00
Querleiste Pfund	0.78
Gehacktes und Lungenfett Pfund	0.75
Guiasch Pfund	0.65

## Konserven

Karotten jung, geschn. 1/1 kg	0.45	Pflaumen o. Stein 0.75 mit Stein	0.58
Brechbohnen Pfund	0.48	Ananas 1. Scheib. 1/2 Dose	1.02
Schnittbohnen Pfund	0.55	Würstchen 5 Paar Dose	0.90
Leipzig. Allerlei 1/1 kg	0.75	Corned Beef Dose	1.02
		Heringe 1. Tomat. Norweg. Dose	0.70

## Kolonialwaren

Erbsen grün Pfund	0.18	Bensdorf-Kakao gerastert, rein Pfund	0.75
Linzen gelb Pfund	0.30	Kokosmakronen täglich frisch Pfund	0.86
Hartgrieß fein, mittel, grob Pfund	0.32	Prob.-Röstkaffee Sondermischung 1/2 Pfund	0.60
Kartoffelmehl Pfund	0.18	Röstkaffee 1/1 kg. frisch, Pfund von	2.00 an
Eier-schnitt-Nudein Pfund	0.50		
Eier-bruch-Makkaroni Pfund	0.52		

## Räucherwaren

Bücklinge Pfund von	0.35 an	Aale Bund von	0.30
Seelachs in Stücken Pfund von	0.38 an	Schotten geräuch. St.	0.10
Goldbars Pfund	0.42	Matjesher. 2 Stück	0.25

## Fruchtsäfte u. Wein

Himbeersaft 1000 vom Faß . . . . . Liter	1.40, Pfund	0.70
Skisyrup Zitronen- und Himbeersaft . . . . . Liter	1.40, Pfund	0.70
Kirschsaft, Johannisbeersaft 3/4 Lit. Fl.	1.10	
Zitronensyrup . . . . . 3/4 Lit. Fl.	1.10	
Himbeersaft mit Kirsch gedunkelt . . . . . 3/4 Lit. Fl.	1.10	
Himbeersaft extrafein . . . . . 3/4 Lit. Fl.	1.10	
Apfelsaft alkoholfrei . . . . . 3/4 Lit. Fl.	0.70	
Erdbeersaft . . . . . 3/4 Lit. Fl.	2.10	
Bergzaberner Letten Bowlenwein . . . . . 1/2 Fl.	0.70	
Edenkobener stetig frisch . . . . . 1/2 Fl.	0.70	
Obermoseler leicht süßig . . . . . 1/2 Fl.	1.10	
Weinbrand-Verschnitt . . . . . 1/2 Fl.	2.10	
Tafel-Kümmel . . . . . 1/2 Fl.	2.10	

# Freitag u. Sonnabend Stoff-Reste u. Abschnitte

### Sammlen-Anzeigen

Am 16. Juni 1930 verschied nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, dennoch plötzlich und unerwartet, unsere liebe, gute Mutter und Großmutter  
**Frau Selma Schmidt**  
geb. Haase  
im Alter von 56 Jahren. 7531  
Schmerzerfüllt zeigen dies an  
**Die trauernden Kinder u. Enkelkinder**  
Beerdigung: Freitag, 20. Juni, nachm. 4 Uhr, von d. Halle II Oswitz. Trauerhaus: Brigittenthal 1a

Am 16. Juni verschied plötzlich unser Mitglied, die Witfrau  
**Selma Schmidt**  
im Alter von 56 Jahren. 2525  
Ehre ihrem Andenken!  
**Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ortsverein Groß-Breslau.**  
Beerdigung: Freitag, 20. Juni, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle 2 in Oswitz.  
Trauerhaus: Brigittenthal 1a. Distrikt 25.

Einheitsverband der Eisenbahner O. schlands  
Am 12. Juni verstarb unser Verbandskollege, der pens. Arbeiter  
**Artur Grosser**  
im Alter von 40 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren  
**Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.**  
Einäschung hat am 17. Juni. Beisetzung der Urne heute Donnerstag, 19. Juni, vorm. 11 Uhr, vom Krematorium Gräbschen stattgefunden.

Deutscher Textilarbeiter-Verband.  
Am Montag, dem 16. Juni, verschied plötzlich infolge Unfall unser Mitglied, die Spinnerinnen  
**Frieda Ziska**  
im Alter von 19 Jahren. 2528  
Ein ehrendes Andenken bewahren für  
**Die Mitglieder der Filiale Breslau.**  
Beerdigung: Freitag, den 20. Juni, 16 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Groß Mochbern.

**Wichtig! Zentral-Krankentasse der Arbeiter und anderer Berufe. Sie haben**  
Jedes Mitglied geht am Sonnabend, den 21. Juni zur  
**Wahl des Delegierten zur Generalversammlung**  
Wahlorte sind:  
1. Mittergasse 10, bei Klomb, Kassenlokal  
2. Neuhofstraße 30/32, Weiberfrucht  
3. N. G. an Mittergasse 7534

**Zustandkomm. Volkswacht** Redaktions-  
Breslau 2. Neue Gassenstraße 5  
Für die Redaktion verantwortlich: Walter Schmidt; für die Anzeigen: Stegert; für die Redaktion: Gründelplatz 8. - Hauptexpedition: Fürststraße 4. - Druck u. Verlag der „Volkswacht“ G. m. b. H., sämtl. in Breslau



## Nur Vorteile

wenn Sie bei uns kaufen!  
Wir veranstalten einen extra sehr billigen  
**HOSEN-VERKAUF**  
zu denniedrigst. Preisen. Riesenauswahl  
Gestreifte Hosen, Helle Tennishosen  
Knickerbocker u. Breches-Hosen  
1 Posten Hosen zur Ergänzung f. Anzüge

# L. PRAGER

Gegründet 1860 / Albrechtstr. 51  
Eingang nur Ecke Schuhbrücke

## Zahrbundertball

Sonntag, den 22. Juni 1930  
nachmittags 5 Uhr — Einlaß 4 Uhr  
**„Wir wollen zu unserm Glauben stehen!“**  
Evangelische Volks-Versammlung  
anlässlich der 400 jähr. Wiederkehr  
des Gedenktages von Augsburg  
Vorsitzender: Professor Lic. Dr. Dr. Dr. Dr.  
Anspracher: Stadtdiakon Spaeth  
u. Oberstudienrat Dr. Binder  
**Kinder-Massenhöre**  
Orgel- und Posaunenarbeiten  
Bei entsprechender Beteiligung  
**Parallelversammlung in der Kadettenkaserne**  
(überdachte Sitzplätze)  
Reden werden durch Vortragsredner übertragen!

## Nur keine Aufregung weil das Krankengeld nicht langt



Sie müssen Mitglied der Krankengeld-Zuschuß-  
kasse der Tischler und aller anderer Berufe  
werden, dann haben auch Sie bei Krankheit  
keine Not.  
Kassenstunden: jeden Sonnabend von  
6,30—9 Uhr, bei Klemm, Messergasse 10

## Tüchtige, gewandte Aushilfs- Expedientinnen und PackerInnen

die in Waren- u. Kaufhäusern oder in  
lebhaften Spezialgeschäften an Waren-  
Ausgaben oder in der Expedition tätig  
waren, werden zu baldigem Antritt  
gesucht. Schriftliche Angebote mit  
Referenzen und Gehaltsansprüchen an  
**Leinenhaus Sleschowsky**  
Nikolaistraße 72-78

## Genossen Genossinnen Eure Familien- anzeigen der Volkswacht

**Wohnungen**  
Jung. Mann  
sucht  
Schlafstelle  
2245

## Bettfedern

laufen Vertrauenssache  
der Böhmisches Bettfedern-Niederlage  
**Friedrich-Wilhelm-Str. 45**

Wollen Sie Wanzen,  
Schwaben, Läuse, Flöhe u  
anderes Ungeziefer los  
werden, verwenden Sie nur  
Zu haben in Drogerien  
**Fly-  
Matsch!**  
Ges. gesch.

**Infusate** ersetzen im anderen Gebrauch  
— den arabischen Gele

## Kultur der Großstadt

Im Juniheft der Zeitschrift „Der Städtebau“ schreibt der Bibliothekar Dr. Hoffmann, der Verfasser eines weitläufigen Werkes über das neue Aitona, einen bemerkenswerten Aufsatz, dem wir folgenden Abschnitt entnehmen:

Die Großstadt ist Lebensschule. Ihr gesteigerter Lebensrhythmus verlangt auch einen kräftigeren Lebenskampf und damit eine entsprechende Willensübung und straffe Zucht. Durch die gesamten öffentlichen Einrichtungen der Großstadt muß jenes Element gehen, das Hegel als die Verittlichkeit, die „Verwirklichung des absoluten Geistes“ im Erdendasein kennzeichnet. Was den religiös-metaphysischen Menschen angeht, so leben wir in einer Zeit weltanschaulicher Krisen und geistiger Uebergänge. Kirche und Staat sind getrennt. Der Großstadt ziemt sich hier die Erhaltung und Abwarten, aber in ihr selbst wird ständig die geistige Gegenwartsfrömmigkeit geübt. In der Schaffung von Krankenheimen, Altersheimen, Fürsorgestätten verschiedenster Art verwirklicht sich immer wieder das alte Gebot: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst! Wenn die Großstädte zur Schaffung sozialer Schwesternschaften schreiten, so gehört auch diese Einrichtung zum wesentlichen Teil mit in das Gebiet der Gegenwartsfrömmigkeit. Gibt es doch, den modernen Schwesterntypus zu vergleichen, die Pflegerin, die für unsere Zeit das erstrebte, was im Mittelalter durch die Nonne und die Heilige, in späterer protestantischer Zeit durch die Diakonisse geleistet wurde.

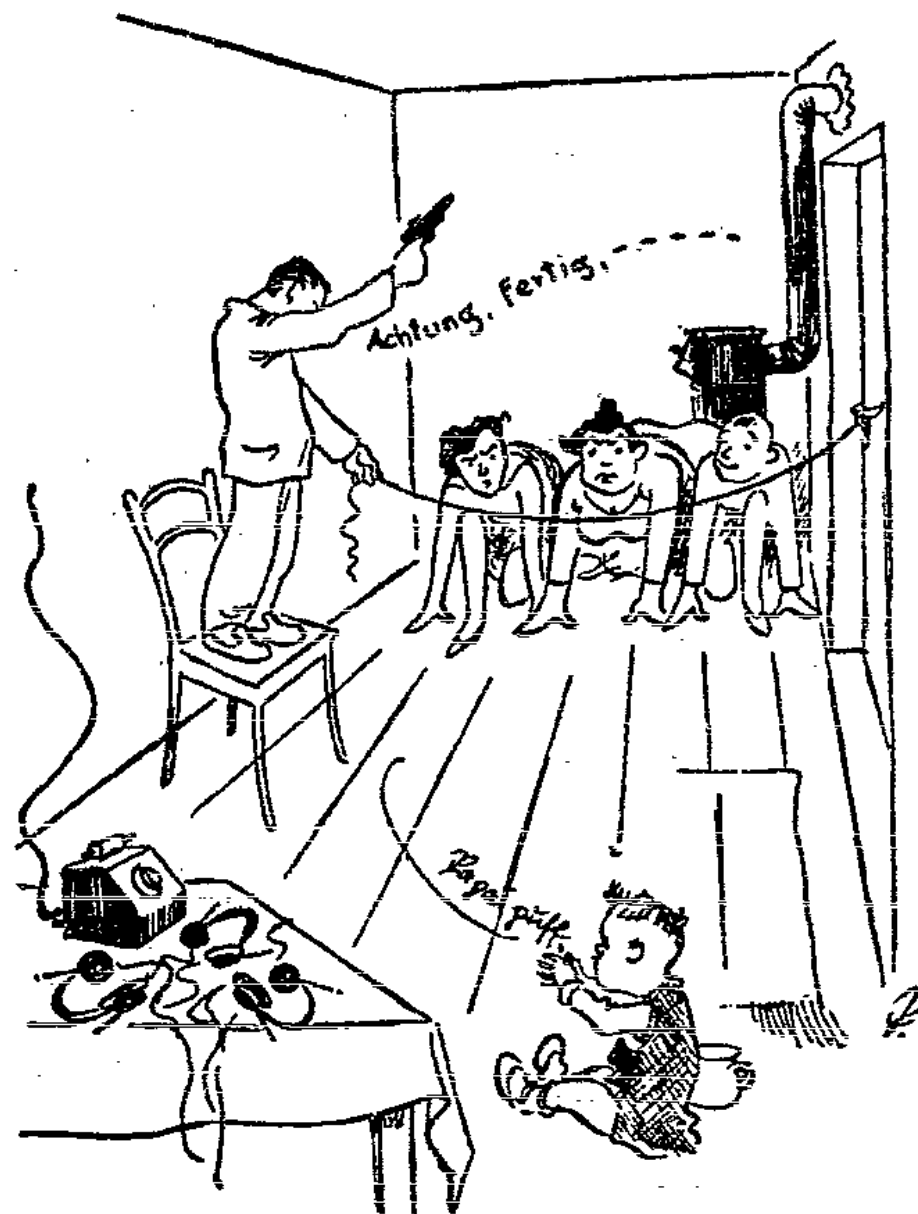
Wir müssen uns hier mit diesem Schema begnügen. Aber es dürfte aus dem Dargetanen erhellen: daß in der Tat die öffentlichen Einrichtungen, so vielfach sie auch nur bestimmten sozialen Einzelheiten zu nützen scheinen, in ihrer Gesamtheit auf den ganzen Menschen ausgehen und seiner Kultivierung dienen. Zugleich zeigt sich noch ein weiteres, wichtiges, soziales Moment: in dem Maße, wie die Großstadt die Lebensaufgaben der öffentlichen Pflicht in immer größerem Umfange selbst in die Hand nimmt, wächst auch ihre Leistung für alle. In den Großstädten des Altertums bestand neben einer Schicht geringer Auswähler, Schaffender und Genießender die breite, durch und durch unbilligste, größtenteils verwahrloste und vernachlässigte Masse der gegenüber die Machthaber nur in seltenen Fällen Verantwortung zeigenden und in der degreiflicher Weise keine Verantwortung gegen sich und das Leben bestehen konnte. Von jenen Großstadthäusern, z. B. des Roms Sullas und Caesars, haben sich die Großstädte bis auf die heutige Zeit unendlich weit entfernt. In den letzten Jahrzehnten dringt die Erkenntnis der Verantwortung gegenüber der Großstadtbewohnerung in ihrer Gesamtheit mehr und mehr durch. Es handelt sich nicht mehr um beschränkte Untertanen zu drücken, sondern in jedem Mitglieder Selbstverantwortlichkeit dem Ganzen gegenüber zu werden. Die Kulturerziehungsschritte zu genießen, soll nicht nur wie ehemals das Vorrecht eines erwählten kleinen Kreises sein, sondern die Gesamtheit soll daran teilhaben.

Im Zeitalter des Rundfunks und der Massenveranstaltungen wandelt sich zugleich entscheidend die gesellschaftliche Struktur der Großstädte: das Individuum und seine ausschließlich individuelle Kultur verlieren an Wichtigkeit; an Bedeutung nimmt dafür zu der Mensch als Mitglied der gesamten Gesellschaft. Die Gesamtheit, das Volk als Ganzes, tritt weit lebensbewegender als ehemals auf den Plan.

So werden die beiden Mächte, auf die wir anfangs hinwiesen, welche die Großstadtkultur erst lebendig machen, die Masse des vorhandenen Kulturguts auf der einen Seite und die das Kulturerzeugende Menschheit auf der anderen, sich gleichmäÙiger gegenübergestellt. Das Kulturerzeugnis in seiner Gesamtheit wirkt nicht mehr nur in sich selbst, sondern zugleich extern. Die Großstadtkultur ist somit ein anderes als die alte Kultur der Fürstentümer, und ihre Dynamik wird sich erst in kommenden Zeiten entfalten. Das Besondere an ihr wird aber sein: daß sie zugleich großartig in die Weite wirkt und doch darauf hinarbeitet, allen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft in der Großstadt persönliche Kultivierung zu ermöglichen.

## Eine Woche Radio!

Meiers haben Radio. — drei Röhren mit Akku und Antenne und sonstigen überlebten Schikanen. Eigentlich hatten sie immer schon Radio. Einen Detektor, den der Nachbar, der einen blässen Schimmer von Radiowellen hatte, einst baute aus Mutter Meiers uraltem Nähkasten. Aber diese Eintönigkeit immer und dann der Stille tagtäglich um die zwei Kopfhörer — nee, da kam der Radiogent gerade zur rechten Zeit. Und so leicht wie es einem heute gemacht wird. Bezahlung direkt Nebelache — Hauptache, man nimmt den Kasten ab, und — bezahlt nachher pünktlich die Monatsraten. Doch das kommt erst nachher.



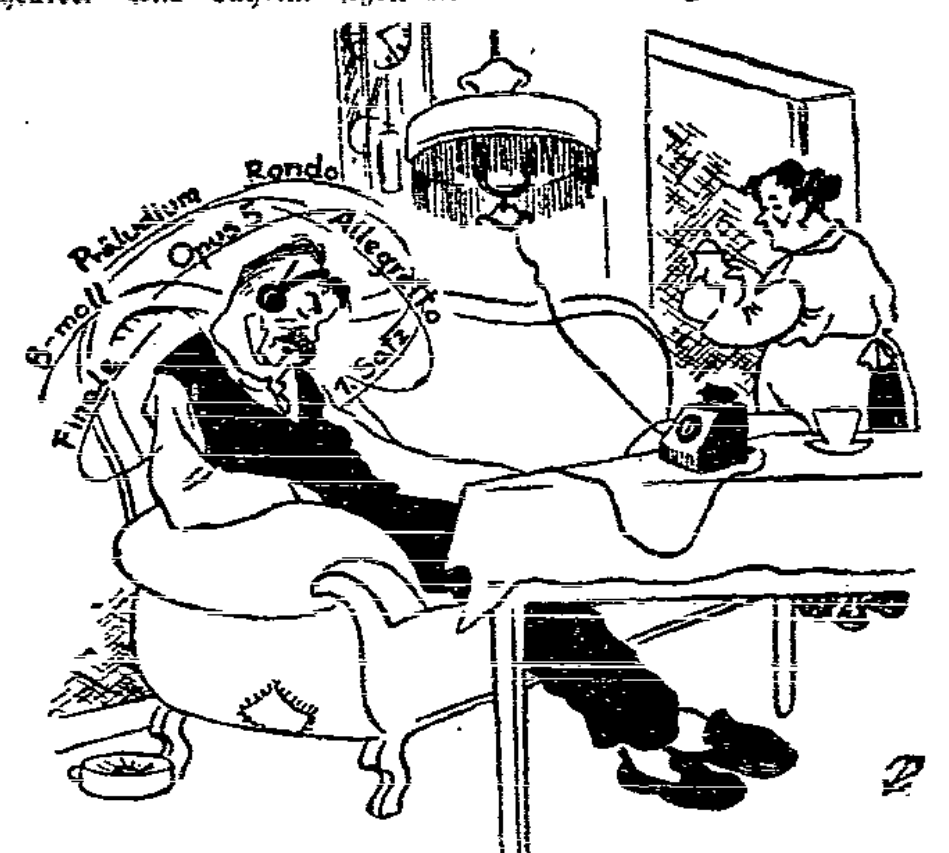
Der Monteur hatte Meiers in alle Geheimnisse eingeweiht, und so führte er denn nun jeden Besucher, ob Mannchen oder Weibchen, in die Mythen seines Kasten ein. Er drehte und kurbelte so, daß die Rundfunkhörer drei Meilen im Umkreis nur Pfeifen und Geheul hörten.

Wutwutwut, sagte Meiers Radio dann, und er: „Das ist Kom!“ und kurbelte weiter. Wutwutwutwut das ist Langenberg! Wutwutwutwut, das ist Honolulu oder Königsweihenhausen, die liegen nämlich auf einer Welle! Und er glaubte es selbst und konnte es nur nicht begreifen, daß das Weiter immer so empfangsfeindlich war. Aber am zweiten Tage hatte er's erwischt.

„Herr Müller — Frau Schulze — rasch kommen Sie, mein Mann hat...“ Richtig, er kurbelte. Einen Marsch, Blasmusik konnten wir konstatieren, schon klar, sonst kein Geräusch. „Das ist Kom!“ rief Meier stolz aus. Als der Marsch vorbei war, holten wir Langenberg. Eine Ouvertüre — Blasmusik. Sehr schön. Als die vorbei war, holten wir den dritten mythischen Sender: Ein Walzer — Blasmusik. Sehr gut und klarer

Empfang. Und noch drei weitere Stationen — Blasmusik. Aber „dufte!“ Komisch, daß die heut alle Blasmusik haben, dachte Herr Müller und konnte sich eines schadenfrohen Lachens nicht erwehren, als bei der siebenten Station — nach Meiers Lustige Rudapest — der Berliner Anlager, Alfred Braun, seine Stimme erklingen ließ: „Achtung! Achtung! Hier Berlin und Deutscher Kurzwellensender. Unser Unterhaltungskonzert des Blasmusikers Josef Suago ist hiermit beendet. Wir kommen wieder.“ Seitdem hört Meier mit seinem Radio nur Berlin von der Gensburger bis zur Laibacher Welle und noch höher hinaus und herunter.

Aber Meier gab sich damit nicht zufrieden, sondern bastelte drei Tage lang, verheimlichte drei Sicherungen und eine Röhre und verbannte dann schließlich den Berliner Sender mit Hilfe von Sperrkreis und Schaltungen, ohne aber andere Stationen heranzubekommen. Da gab er es auf und begnügte sich mit Breslau. Und feierte Geburtstag mit Trauermärschen und Vorträgen über die Nützlichkeit des Regenwurms, der Wasserflöhe. Wurde ganz fürchtbar gebildet von den vielen volkstümlichen und populären Konzerten, so daß er schon nach einigen Tagen Es-Dur von „In der schönen blauen Donau“ und Opus 46 von dem „Armen Gigolo“ untercheiden konnte. Auch merkte er bald, daß es sich bei Brahms fünfter Sinfonie sehr gut schlafen läßt. Aber dann war ihm doch das Maß mal voll und er schickte „Eingeländis“ an die Zeitungen und schrieb schließlich selbst an die Postdirektion — aber nichts rührte sich. Die volkstümlichen Konzerte — die darum so heißen, weil sie das Volk nicht verfehlen, blieben ebenso reichlich auf dem Programm, wie die populären, die für eine gewisse Clique abgestimmt sind, die selten oder nie am Radio hören. Wenn sie Musik hören wollten, gehen sie ins Theater. Und daheim sitzen Meiers und langweilen sich am



Radio und müssen schlafen gehen, wenn von Berlin leichte oder Tanzmusik gesandt wird, denn Meier ist ein Prolet und muß ausschlafen, um sich für den nächsten Freitag zu stärken.

Und so geht es nicht nur Meiers, so geht es der großen Masse, die mit ihrem Direktor oder sauer erfindenden Röhrenapparat sich abends ein paar gemütliche Stunden machen wollen — denn tagsüber ist keine Zeit — und die sich dann bei den schweren Musikstücken langweilen und nicht jeden Abend bis Mitternacht aufbleiben können, um Tanz- und leichte Musik zu hören.

## Die Unterstützungssätze der Erwerbslosen-Versicherung

Lohnklasse	Wöchentliches Arbeitsverdienst in M.	Unterstützungssatz in M.	Die Unterstützungssätze betragen:					
			Hauptunterstützung	Zuschlagsberechtigte Angehörige	1	2	3	4
In Prozent vom Einheitslohn:								
I	bis 10	8	75	80	80	80	80	80
II	über 10-14	12	65	70	75	80	80	80
III	14-18	16	55	60	65	70	75	75
IV	18-24	21	47	52	57	62	67	72
V	24-30	27	40	45	50	55	60	65
VI	30-36	33	40	45	50	55	60	65
VII	36-42	39	37,5	42,5	47,5	52,5	57,5	62,5
VIII	42-48	45	35	40	45	50	55	60
IX	48-54	51	35	40	45	50	55	60
X	54-60	57	35	40	45	50	55	60
XI	60	63	35	40	45	50	55	60
Pro Woche in Mark:								
I	bis 10	8	6,-	6,40	6,40	6,40	6,40	6,40
II	über 10-14	12	7,80	8,40	9,-	9,60	9,60	9,60
III	14-18	16	8,80	9,60	10,40	11,20	12,-	12,-
IV	18-24	21	9,90	10,95	12,-	13,05	14,10	15,15
V	24-30	27	10,80	12,15	13,50	14,85	16,20	17,55
VI	30-36	33	13,20	14,85	16,50	18,15	19,80	21,45
VII	36-42	39	14,65	16,60	18,55	20,50	22,45	24,40
VIII	42-48	45	15,75	18,-	20,25	22,50	24,05	27,-
IX	48-54	51	17,85	20,40	22,95	25,50	28,05	30,60
X	54-60	57	19,95	22,80	25,65	28,50	31,35	34,20
XI	60	63	22,05	25,20	28,35	31,50	34,65	37,80
Pro Tag in Mark:								
I	bis 10	8	1,-	1,07	1,07	1,07	1,07	1,07
II	über 10-14	12	1,30	1,40	1,50	1,60	1,60	1,60
III	14-18	16	1,47	1,60	1,73	1,87	2,-	2,-
IV	18-24	21	1,85	1,93	2,-	2,18	2,35	2,53
V	24-30	27	1,80	2,08	2,25	2,48	2,70	2,93
VI	30-36	33	2,20	2,48	2,75	3,08	3,30	3,57
VII	36-42	39	2,44	2,77	3,09	3,42	3,74	4,07
VIII	42-48	45	2,63	3,-	3,38	3,75	4,13	4,50
IX	48-54	51	2,98	3,40	3,83	4,25	4,68	5,10
X	54-60	57	3,33	3,80	4,28	4,75	5,23	5,70
XI	60	63	3,68	4,20	4,72	5,25	5,78	6,30

Die Arbeitslosenunterstützung besteht aus der Hauptunterstützung und den Familienzuschlägen für Angehörige.

Familienzuschläge sind nur für solche Angehörige zu zahlen, die einen familienrechtlichen Unterhaltungsanspruch gegen den Arbeitslosen haben, oder im Falle seiner Leistungsfähigkeit haben würden, so wie für Stief- und Pflegekinder (Zuschlagsberechtigte Angehörige). Der Familienzuschlag darf nur gewährt werden, wenn der Arbeitslose den Angehörigen bis zum Eintritt der Arbeitslosigkeit ganz oder vorwiegend unterhalten hat. Diese Einschränkung gilt nicht, wenn ein Unterhaltungsanspruch erst nach Eintritt der Arbeitslosigkeit entstanden ist oder im Falle der Leistungsfähigkeit des Arbeitslosen entstanden wäre. Sie gilt ferner nicht, wenn es sich um ein uneheliches, für ehelich erklärtes, an Kindesstatt angenommenes oder uneheliches Kind des Arbeitslosen handelt. Bei Stiefkindern gilt die Einschränkung nur, wenn das Stiefkind einen familienrechtlichen Unterhaltungsanspruch gegen einen Dritten hat.

Der Familienzuschlag wird nicht gewährt, sofern der Angehörige für seine eigene Person „Hauptunterstützung“ bezieht.

Die Höhe der Unterstützung bestimmt sich nach dem Arbeitsentgelte. Maßgebend ist das Arbeitsentgelt, das der Arbeitslose im Durchschnitt der letzten sechszwanzig Wochen, oder, wenn das Arbeitsentgelt nach Monaten bemessen war, im Durchschnitt der letzten sechs Monate seiner Arbeitnehmerschaft vor der ersten Arbeitslosmeldung bezogen hat, die dem Erwerbe der Anwartschaft auf die Unterstützung folgte. Soweit er in dieser Zeit infolge Arbeitsmangels die in seiner Arbeitsstätte übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht erreicht hat und deswegen Lohnkürzungen unterworfen war, ist das Arbeitsentgelt zugrunde zu legen, das er ohne Kürzung der Arbeitszeit bezogen hätte. Die unentgeltliche Beschäftigung eines Lehrlings begründet die Zugehörigkeit zur Lohnklasse 1.

Hat ein Arbeitsloser mehr als die Hälfte der Beschäftigungszeit, die nach § 105 Abs. 2 für die Zugehörigkeit zu einer Lohnklasse maßgebend ist, in einem anderen Orte verbracht als dem Orte, in dem die Unterstützung zu gewähren ist, so darf diese nicht höher sein, als sie nach den Lohnverhältnissen des Unterstützungsorts wäre.

Wird die Unterstützung erstmalig nach Inkrafttreten dieses Gesetzes beantragt, so ist die Anwartschaftszeit erfüllt, wenn der Arbeitslose in den letzten zwei Jahren 52 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat. Die zwei Jahre müssen dem Tage unmittelbar vorangehen, an dem sich der

Arbeitslose arbeitslos meldet. Der Anspruch auf Unterstützung ist erschöpft, wenn 26 Wochen Unterstützung bezogen worden sind. Während einer berufsüblichen Arbeitslosigkeit erhalten die sogenannten Saisonarbeiter die Sätze in Höhe der Krisenunterstützung, deren Beendigung jetzt bald erfolgen muß und somit dem Erwerbslosen die erhöhte Sätze gezahlt werden.

**Nat und Auskunft erteilt die Erwerbslosenkommission der G.R.D., Gewerkschaftshaus, Zimmer 10, jeden Tag von 9 bis 11 Uhr, außer Sonnabend und Feiertags. Bei Anfragen von auswärtig wird gebeten, Porto beizulegen.**

## 4. Gantreffen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold

Vom 20. bis 22. Juni findet das 4. Gantreffen des Gauess Mittelschleifen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold statt. Die bisherigen großen Veranstaltungen des Reichsbanners erfreuten sich der regsten Teilnahme der Bevölkerung Breslauer. Das Reichsbanner hat sich bemüht, immer mehr die Sympathien der weitesten Bevölkerungsschicht zu erlangen, was ihm durch zähe, unermüdete Arbeit gelungen ist. Auch in diesem Jahr wird auf eine rege Beteiligung der Bevölkerung gerechnet.

Das Gantreffen wird eingeleitet am Freitag durch Fackelzüge von den einzelnen Stadtteilen nach dem Platz der Republik. Wir geben nachstehend die Straßen bekannt, die die Fackelzüge passieren:

**Abteilung Nord:** Abmarsch 20.45 Uhr von der Neuen Adalbert-, Ecke Gluckstraße, Rospotstraße, Weinstraße, Bartschstraße, Schindamm, Adalbertstraße, Lessingbrücke, Breite Straße, Katharinenstraße, Poststraße, Taschenstraße, Zwingerstraße, Agnes-Sorma-Straße, nach dem Platz der Republik.

**Abteilung Ost:** Abmarsch 20.45 Uhr, vom Goetheplatz, Ecke Herdahnstraße durch die Goethestraße, Bohrauer Straße, Wildenbruchstraße, Lohstraße, Bohrauer Straße, Leichstraße, Taubentierstraße, Brüderstraße, Kaimstraße, Bahnhofsstraße, Schweidnitzer Stadtgraben, Neue Schweidnitzer Straße, Platz der Republik.

**Abteilung Süd:** Abmarsch 20.45 Uhr, vom Rehdigerplatz durch die Auguststraße, Neudorfstraße, Sadowajstraße, Luffenplatz, Holteistraße, Trinitasstraße, Sonnenstraße, Neue Graupenstraße, Platz der Republik.

# Metallarbeiter

Sonntag, 22. Juni, von 10 bis 4 Uhr nachm.

## Wahl der Delegierten zum Verbandstag in Berlin

**Wahllokale:**

- Mahlg., Westendstraße 55
- Schmiedeburger, Neue Wellenstraße 42
- Kopp, Eberstraße 11
- Kaisch, Lohstraße 88
- Kanter, Lewaldstraße 27
- Gianl, Broimischstraße 14
- Gerichtshaus, Al. Gaudau
- Gulb, Groß-Möckern
- Erdlungsheim, Jümpel
- Neude, Brodau, Dr. Kolonist.
- Die Ortsverwaltung.

Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17  
 Schmiedl, N. Adalbertstr. 113  
 Schupert, Leuthenstraße 25  
 Artl, Berliner Straße 82  
 Schmitz, Andersenstraße 89



## Lübecker Genossenschaftstag

Der Lübecker Genossenschaftstag nahm am Montag den Bericht des Vorstandes entgegen. Ueber die Entwicklung des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine sprach Dr. Frick in Leipzig:

Der Grundgedanke der Barzahlung wird von den Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes nach wie vor anerkannt. Die Konsumgenossenschaften bekämpfen das Bargsystem, weil es den Verbrauchern den Lebensunterhalt verteuert und ihnen die wirtschaftliche Unabhängigkeit nimmt. Die Aufgaben der Konsumvereine wachsen von Jahr zu Jahr. Sie werden mehr und mehr zu selbständigen, aber auch schmerzhaften. Die ältere Generation der Konsumgenossenschaftlichen Führer wird in zunehmendem Maße zum größten Teil von ihrem Arbeitsplatz abtreten. Sie sind den Konsumgenossenschaften bis dahin nicht genügend geschulter, erfahrener und geistiger Nachwuchs für die leitenden Stellen zur Verfügung. So wird die Konsumgenossenschaftsbewegung Schaden erleiden und in ihrer Entwicklung gehemmt werden. Daher wird die Förderung des Führernachwuchses immer mehr zur dringlichsten Forderung des Tages.

Die Konsumgenossenschaften stehen zurzeit mehr als je in einer Welt von Feinden gegenüber. Darum ist jede Schonung ihrer wirtschaftlichen Gegner und jede Unterdrückung ihrer offenen und heimlichen Feinde ein Verrat an der Verbraucherbewegung. Jeder Feind, der jetzt noch von den Mitarbeitern der Konsumgenossenschaften in die Taschen der Konsumvereinsgegner geleitet wird, bedeutet eine leichtfertige und unverantwortliche Unterbrechung des Kampfes gegen die Konsumgenossenschaft. Alle Verbraucher müssen jetzt zur Abwehr der Konsumgenossenschaftsfeindlichen Bestrebungen auf die Schanzen aufrufen werden. Die Teile der deutschen Arbeiterbewegung, deren aufrichtige Freundschaft und Waffenbrüderschaft zu erwarten ist, müssen veranlaßt werden, ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluß und ihre ganze Kraft zugunsten der organisierten Verbraucher wirksam werden zu lassen. Im Abwehrkampf der Genossenschaft wird die Frau die stärkste Bundesgenossin sein. Die Frauen müssen es als ihre vornehmste Pflicht betrachten, überall dafür einzutreten, daß die Bedarfsdeckung der Konsumgenossenschaftsmittelglieder ohne Ausnahme in den Verteilungsstellen der Konsumvereine erfolgt.

In den letzten Wochen werden die Verbraucher wieder einmal mit dem Hinweis auf einen Preisabbau verführt. Die Erfahrungen lehren, daß derartige Preisabbaupläne nicht verwirklicht werden können, wenn nicht die Erzeugerpreise weiter gesenkt und die vermehrte Belastung der Lebensbedürfnisse durch Zölle und indirekte Steuern unterbunden werden.

Bis klein referierte über wirtschaftliche Angelegenheiten und über die Arbeit im freien Ausschuss. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat auch im Berichtsjahre 1929 in weitestgehender Weise im freien Ausschuss der deutschen Genossenschaftsverbände, dem die vier großen Spitzenorganisationen der deutschen Genossenschaftsbewegung angehören, mitgearbeitet. Der Ausschuss behandelte durch schriftliche Anfragen sowie in verschiedenen Sitzungen Gutachten zu den Gesetzesvorlagen der Reichsregierung und hat sich auch wiederholt mit den Ausführungen zu den verschiedenen Gesetzen beschäftigt. Die Interessen der verschiedenen Spitzenverbände, hier es die der Landwirtschaft, des Handels oder die der Konsumgenossenschaften, gehen weit auseinander. Im freien Ausschuss haben es jedoch die Vertreter der verschiedenen Verbände verstanden, für die Weiterentwicklung des Genossenschaftsgedankens und der Genossenschaften eine gemeinsame Arbeit zu leisten. Es wurde im letzten Jahre erreicht, daß, mit ganz wenigen Ausnahmen, die Beschlüsse einheitlich unter Berücksichtigung der verschiedenen Arten zustande gekommen sind. Bedauerlicherweise muß immer und immer wieder festgestellt werden, daß entgegen der Einigkeit im freien Ausschuss bei Verhandlungen in den Parlamenten die Interessenten der verschiedenen Genossenschaftsarten und Verbände sich scharf gegeneinanderstellen und eine gemeinsame Arbeit infolge Haß, Neid und Missgunst unmöglich machen.

Für die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine war im Jahre 1929 die Wirtschaftslage von großer Bedeutung. Die Verflauung des deutschen Wirtschaftslebens setzte sich im Jahre 1929 in verstärktem Umfange fort. Wenn trotzdem die Konsumvereine ihren Umsatz hatten und sogar 118 Millionen Reichsmark mehr Umsatz als im Jahre 1928 erzielen konnten, so ist dies ein Beweis für die Stärke der Organisation und die Leistungsfähigkeit der Konsumvereine.

Die Kohlenwirtschaft und die hauptsächlich in den ersten drei Monaten des Berichtsjahres erfolgte geringe Zuleitung der Syndikate an die Grozeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine bot Anlaß zu wiederholten Beschwerden.

Die Mitarbeit im Reichsausschuss für Preisregelungsbedingungen, in der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik, in der Getreidehandels-gesellschaft und in sonstigen wirtschaftlichen Organisationen bot im Jahre 1929 Gelegenheit, den Standpunkt des Zentralverbandes zur Kenntnis und zum Teil auch zur Durchführung zu bringen.

Die seit Jahren von der Reichsregierung versprochene gesetzliche Regelung des Kartellwesens ist nach wie vor ein Gebot der Stunde. Leider muß festgestellt werden, daß bis jetzt nichts geschehen ist und daß das verlangte Kartellregister immer noch fehlt.

Der Kampf mit dem Markenartikelverband ist nur noch Teilarbeit bei den Konsumvereinen, weil die dem Zentralverband angeschlossenen Genossenschaften die Markenartikel ausgeschlossen und die Eigenartikel der Grozeinkaufsgesellschaft eingeführt haben, so daß sie in dieser Beziehung der unabhängigen Wirtschaftsverband Deutschlands sind. Das Bündnismonopolgesetz gab Veranlassung zu wilden Behauptungen der Konsumvereine seitens des Handels.

Die wilde, demagogische Agitation der Verbände des Einzelhandels, in der Unwahrheiten, wie Steuerfreiheit der Konsumvereine, Staatsunterstützungen und politische Verbindungen ausgesprochen werden, gehen Zeugnis von einem Verfall, wie er nicht schlimmer sein kann.

Im Rahmen des Steuervereinfachungs-gesetzes hat die neue Regierung erklärt, daß sie Wert darauf lege, dieses Gesetz zum 1. April 1931 in Kraft zu setzen. Den Genossenschaften ist es unverständlich, daß man nicht nur die Besteuerung der Genossenschaften verlangt, sondern sogar im § 20 eine zwanzigprozentige Extrabesteuerung für stillbetriebe fordert. Das ist eine Ausnahmesteuer schlimmer Art.

Der Kongress nahm im weiteren Verlauf seiner Beratungen die Wünsche gegen das Steuerunrecht an. Dann referierte Bischoff über Zoll- und Steuerfragen.

Die neue Belastung, die vorzugsweise die breiten Schichten der Konsumenten trifft, soll 754 Millionen Reichsmark pro Jahr erbringen. Dazu kommt noch eine halbe Milliarde erhöhter Zölle und Preisoberbündelungen durch Zölle, so daß die neue Steuerbelastung 1 1/2 Milliarden Reichsmark ausmacht. Die Zollrückstellungen sollen in erster Linie dem Wiederaufbau des zusammengebrochenen Gewerkschafts der Landwirtschaft zugute kommen. Hierbei ist aber zu erwähnen, daß die seit Jahren bestehenden Klagen durch

Zölle keine Abhilfe erfahren können. Die neuen Zölle für Lebensmittel sind eine einseitige Belastung, die die zum Teil erwerbslosen Verbraucher nicht tragen können. Wenn die Lebensmittel in Deutschland anderen Ländern gegenüber verteuert sind, so muß dies nicht nur zur Verbitterung beitragen, sondern im kommenden Winter bei der immer weiter zunehmenden Arbeitslosigkeit zu furchtbaren Katastrophen führen. Der Erwerbslosigkeit wird auch weiter Vorstoß geleistet, weil der Zollschutz zu hoch und die ausländischen Abnehmer verärgert werden. Die untragbaren hohen Zölle können keine Gesundung der Landwirtschaft bringen, dazu ist die eigene Tätigkeit durch Ausbau der Rationalisierung und durch betriebstechnische Umstellungen notwendig. Die Landwirtschaft muß sich um die Produktionsbedingungen konkurrierender Länder und weiter um die veränderten Verbrauch im eigenen Lande kümmern und nur solche Waren erzeugen, für die Absatz vorhanden ist. Der Mehranbau von Roggen im Jahre 1930 beweist, daß man sich in der Landwirtschaft nicht umstellen will, sondern das Heil nur in hohen Zöllen und Staatssubventionen sieht. Die Qualität der produzierten Waren steht dem Auslande gegenüber bei vielen Erzeugnissen zurück. Die Absatzorganisation ist mangelhaft, es ist notwendig, eine zeitgemäße Absatzorganisation aufzubauen. Erzeuger- und Verbraucherorganisationen könnten viel in dieser Sache tun, aber nur, wenn man auf gleicher Basis zusammenarbeitet. Als Prügelknaben lassen sich die Konsumgenossenschaften nicht gebrauchen, wie es anscheinend die Deutschnationale Volkspartei im Reichstage glaubt. Die technischen Neuerungen müssen besser angewandt werden, die Art der Erzeugung muß rationaler vor sich gehen, auch der Ausbau des Bildungsweises und der technischen Schulen dürfte Fortschritte bringen. Weiter ist Einrichtung von Güteklassen nach Qualität erforderlich. Die Hauptsache ist immer die Lieferung von ordnungsgemäßen Waren. Der deutsche Verbraucher weiß, daß es der Landwirtschaft schlecht gegangen ist und wird sie auch unterstützen, wenn die Voraussetzungen gegeben sind. Die jetzigen Hochzölle sind jedoch ein Schlag ins Wasser. Die dadurch hereinkommenden Gelder werden durch Einfuhrzölle wieder verpumpt, so daß zwar einige Großgrundbesitzer, aber die Allgemeinheit keinen Vorteil davon hat.

Die Erhöhung der Umsatzsteuer von 0,75 Prozent auf 0,85 Prozent ist ein besonderes Produkt der neuen Regierung. Aber das bedeutet alles nichts gegen die furchtbare Schandsteuer, 1/2 Prozent Umsatzsteuer von allen Betrieben mit einer Million Reichsmark und mehr Umsatz im Einzelverkauf zu erheben. Den in den Konsumvereinen organisierten Konsumenten werden die geringen Beträge, die sie als Rabatte zurückerhalten sollen, abgenommen. Das ist eine Konfiskation von Ersparnissen der Armen! Die Gutgläubigen zahlen zu diesen Lasten keinen Pfennig, aber der arme Witwe, die vom Konsumverein vielleicht 50 Mark Rabatt bekommt, nimmt man 10 Prozent, das sind 5 Mark, im voraus davon ab. Für diese Maßnahme ist keine Begründung vorhanden, nur Haß und Neid. Die Steuer selbst bringt 27 Millionen Reichsmark ein, von denen allein die deutschen Konsumvereine mehr als 5 Millionen Reichsmark aufbringen müssen. Die Wirtschaftspartei hat diese Schandsteuer erfunden. Das Kabinett hat sich für diese Steuer entschieden, ohne sich um die furchtbare Auswirkung zu kümmern. Es ist keine finanzielle Steuer, es ist eine Wirtschaftssteuer. Es ist eine Steuer, entsprungen purem Haß und Neid, weil man den rationalisierten

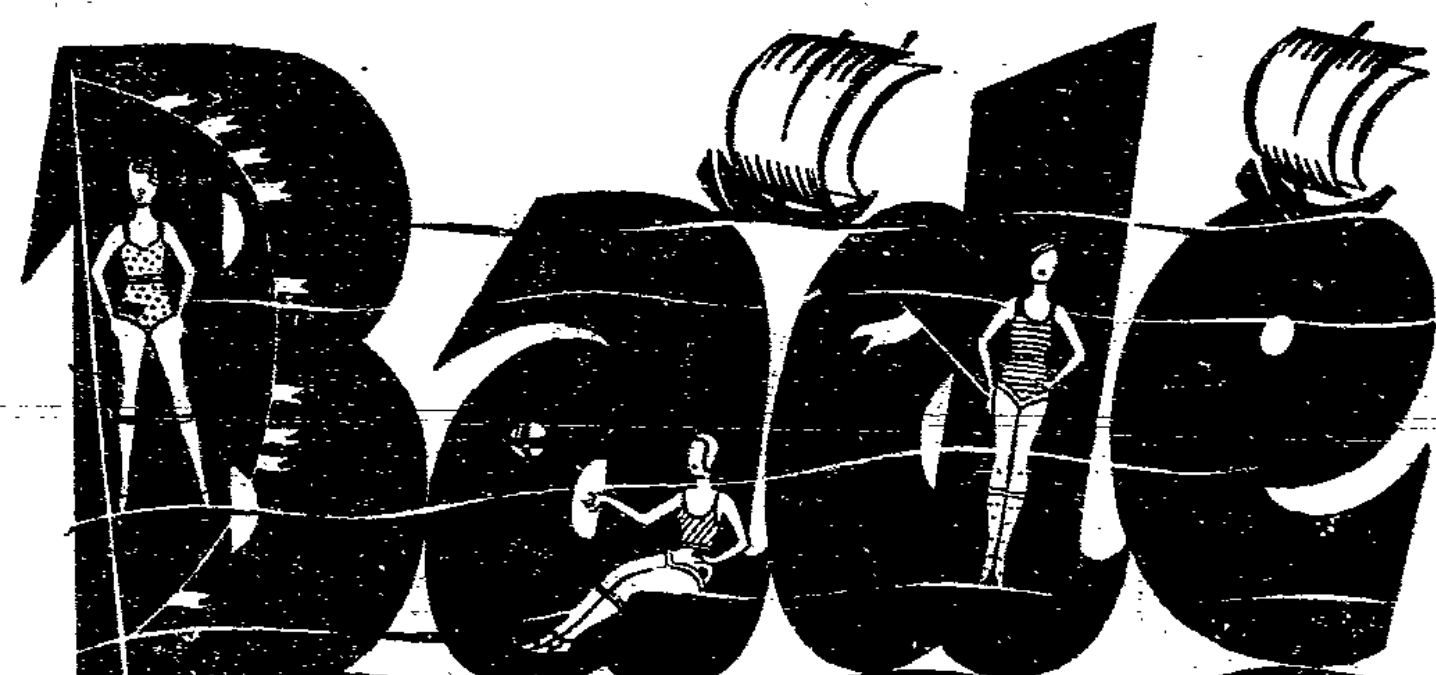
Genossenschaften das Lebensjahr ausziehen. Der Betrag hätte auf die ganze Wirtschaft des Reiches umgelegt werden. Aber man bezweckt damit, die eigene Unfähigkeit zu verdecken und andere Organisationen, die sich selbst helfen und keinen Pfennig vom Reich verlangen, in ihrer Entwicklung zu hemmen. Das ist die Gerechtigkeit dieser Regierung. Seit Bestehen des Reiches ist eine solche Ausnahmebesteuerung noch niemals vorhanden gewesen. Man hat es nicht gewagt, so etwas durchzuführen, und auf die jetzige Regierung paßt der Ausdruck des Zentrumsabgeordneten Schlad im Reichstage, „es sei die reaktionärste Regierung seit der Revolution“.

Der größte Teil der Wirtschaft wendet sich gegen diese Ausnahmebesteuerung. Im Parlament hat die Sozialdemokratische Partei sofortige Aufhebung der Steuer, rückwirkend vom 1. April 1930 an, verlangt. Das Zentrum empfiehlt der Reichsregierung, im Herbst die Aufhebung dieser Steuer zu prüfen, die Demokraten verlangen Nichterhebung. Im Reichstage selbst sind diese drei Anträge am 26. Mai behandelt worden. Bei gutem Willen hätte man sofort die Aufhebung beschließen können. Das ist aber nicht geschehen, sondern die Anträge sind dem Steuerausschuss überwiesen worden. Vielleicht werden sie dort einmal im Herbst durchberaten. Den Parteien wird es Angst vor ihrer eigenen Courage. Zwei dieser letzteren Anträge ist in erster Linie nur die Hinaussetzung in der Hoffnung, daß die allgemeine Stimmung dann etwas abflaut. Die Wirtschaftspartei hat schon erklärt, daß sie auf keinen Fall für die Aufhebung der Steuer zu haben sei, und, falls diese Steuer aufgehoben wird, aus der Regierung austreten würde. Wir werden ja sehen, wie weit dieses Trauerspiel noch geht. Wenn eine kleine Partei ihre Macht durch Gewalt, Haß und Neid weiter ausführen will, so muß die Verbraucherpartei den Kampf in der größten Schärfe gegen diese Schandsteuer aufnehmen, und zwar dahingehend, daß jene Kreise ihre Torheit am eigenen Beutel spüren!

Organisierte Verbraucher, wollt ihr auch nur einen Pfennig anderswo hintragen als in euer eigenes Geschäft? Wollt ihr nicht alles aufbieten, um den letzten Verbraucher den Klauen eurer Todfeinde zu entreißen und zum Nichter sein für die gemeinsamen Interessen zu machen? Diese Schandsteuer müßte auch im Gutmütigsten den Willen wachrufen: Schlag mit dieser Mißwirtschaft! Der Verbraucher kann keine Bedarfsdeckung selbst regeln, in der Organisation, im Konsumverein.

Den Schluß der Dienstagssitzung bildete der Bericht Koch's über internationale genossenschaftliche Angelegenheiten. Bewährt hätten sich die Internationalen Pressekonferenzen und der Ausbau der Berichterstattung des Sekretariats. Die Internationale Sommerpause beginne sich zu einem wertvollen Mittel des Gedankens- und Erfahrungsaustausches zu entwickeln. Um den Genossenschaftlern den Besuch dieser Schule zu ermöglichen, stelle die Heinrich-Kaufmann-Stiftung jetzt zum ersten Male Mittel zur Verfügung. Der Schaffung eines internationalen Wirtschaftsprogramms stellen sich immer wieder neue Schwierigkeiten in den Weg. So verlangten neuerdings die französischen Genossenschaftler zu allem Ueberflusse eine Prüfung der Koch-daler Grundzüge auf ihre weitere Gültigkeit und Anwendbarkeit. Die Franzosen fühlten sich durch die immer währende Hervorhebung dieser Grundzüge „eingegrenzt“. Der Redner verneint schließlich, daß die Genossenschaften durch den Grundgedanke der Barzahlung, des Verkaufs guter und vollgewichtiger Ware, der Verteilung des Reinüberschusses nach Maßgabe des Umsatzes, der demokratischen Selbstverwaltung und der Neutralität in politischen und religiösen Dingen eingegrenzt werden könnten. Er schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß der kommende Wiener Kongress auf diese und andere Fragen eine befriedigende Antwort geben werde.

**Kauft nur bei den Kunden unserer Zeitung!**



Nur mit unseren bewährten

### GEG-Qualitäten

Damen-Badeanzüge	Oberteil farbig gemustert, Rumpf einfarbig	2.95	1.95
Damen-Badeanzüge	reine Wolle, aparte Muster	6.95	5.95
Bademäntel	für Damen und Herren, bester Kräuselstoff	13.95	11.95
Frottierhandtücher	schöne Qualität, Jacquardmuster, 100 lang		1.95
Badelaken	in großer Auswahl 125/160	6.95	2.50
Badekappen	100/100		2.50
Badeschuhe		1.25, .75	.65
			1.25

**Kaufhaus „Vorwärts“**  
Reuschestraße 15





## Paris gestern und heute

### Dinge, von denen man am Seineufer spricht

Die romanischen Länder ist 1930 das Jahr der Jubiläen: hundert Jahre Romantismus, hundert Jahre Alger, hundert Jahre Belgien, hundert Jahre Röhmaschine, Feier des 100. Todesjahres Bolinars, des südamerikanischen Freiheitskämpfers, Staatengründers. Ein mindestens gleichbedeutungsvolles Fest das offizielle Frankreich und die Presse des Landes feiert die Feier des dreihundertjährigen Bestandes des französischen Zeitungswesens.

### Ein Journalist bekam ein Denkmal

Vor der Polizeipräfektur auf der Seine-Insel steht das Denkmal eines Mannes in der Tracht Richelieus. Es ist der Theophraste Renaudot, der erste und einzige Zeitungsredakteur auf Gottes Erdboden, dem die Nachwelt eine Statue auf dem Seineufer gesetzt hat. Vor etwa dreihundert Jahren gab Renaudot in Paris die erste französische Zeitung, die „Gazette“, heraus. Sie enthielt Nachrichten und Anzeigen, aber auch Feuilleton. In haltendem Tone schrieb Renaudot die Belagerung einer Festung in Persien, die der Schah mit einem Heer von 50 000 Fußsoldaten und 15 000 Reitern umzingelt hatte. Außerdem legte er die Richtlinien, die ihm bei der Herausgabe der Zeitung zum Grundgesetz dienen sollten, dem Publikum dar. „Ich habe geschrieben“, schrieb er, „daß die „Gazette“ keine andere Leidenschaft haben soll, als die Leidenschaft der Wahrheit“. Seinen Feinden erklärte er bei anderer Gelegenheit: „Denen, die darüber beschwerten, daß ich bisweilen von den Straßen nicht mit der nötigen Lobpreisung spräche, sei erwidert, das größte Lob immer die reinste Wahrheit gewesen ist.“ Seine praktische Renaudot war ursprünglich Arzt. Er praktizierte Jahre lang und wandte sich dann plötzlich — man weiß nicht genau — dem Zeitungswesen zu. Er starb, wie fast alle Journalisten, obwohl er mächtige Gönner wie Ludwig XIII. und Richelieu besaß, in ziemlicher Armut.

### Die blutige Woche

Eine Hochflut von Verbrechen, Morden, Schreckenstaten hat im Verlauf der letzten Woche erlebt. In einer eleganten Bar im Vergnügungsviertel Montmartre erschlug eine Frau, Jeanne Faure, ihren Freund mit Revolver. Motiv: Eifersucht. Voraussetzungen: Freispruch, fünf Jahre Gefängnis. Riquelme, Prada, ein Spanier, lebte mit der Stenotypistin Marie-Rose Vidain in unglücklicher Ehe. Täglich es zu brutalen Szenen; Riquelme liebte auch andere Frauen. Drei Tage kommt letzter der Mann nicht nach Hause. Das Geld verjubelt war, lebte er zurück. Marie-Rose liegt im Bett. Selbstmord. Das zweijährige Kind erwürgt. Man findet seine Leiche auf den Schienen einer Eisenbahn. Thierard, der Mörder im Prophetenbart, der seinen Mord erkannte, wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Eifersucht. Das Ende: Tod im Bagno. Ein Mann hatte sich wegen Doppelmordes vor dem Schwurgericht zu verantworten: Maurice Clerge, Duquillon, hatte seine beiden unmündigen Kinder getötet. Warum? Er ihr Geistes nicht hören konnte! Die Tat geschah im vertraulichen Urteil: sechs Jahre Zuchthaus. Guanna... Die Zahl der namenlosen Mörder, Meißelstecher, Selbstmörder beläuft sich in dieser einen Woche auf sieben. Acht sind unter ihnen, die ihren Landesleuten die Kehle durchstachen. Eine alltägliche Angelegenheit für die Pariser Vorstädter, besonders in den Fabrikgenden im Norden und Westen, die man in der Presse nicht viele Worte verliert. Drei am Ende der Zeitung. Rubrik: „Verschiedene Dramen“. Mord, Mord, Mord, fünf Mörder bezw. Mörderinnen retrahieren sich aus der „Nacht“, der Unterwelt. Motive: Rache, Eifersucht. Ein Raubmord war nicht darunter. Der Rest: vier Mörder beherbergt die Pariser Morgue, die nie leer wird. Eine Woche in Paris...

### Regenschirme, frisch geliebt!

Geld und Regenschirme haben etwas gemein miteinander: Man immer, wenn man sie braucht. Diese Tatsache brachte Schwindlerin auf einen genialen Trick. Sie ging von Haus zu Haus und bot ihre Dienste an, die schadhaften Regenschirme in ein Minimum von Zeit zu reparieren. Man war entzückt und schickte mit allem Eifer. Nach drei Stunden schon wurde wertvolle Objekt zurückgebracht. Kleine Entschädigung, 5 oder gar 10 Franken, je nachdem. Das Geschäft blühte, Leute waren zufrieden. Die Frau nahm Hunderte von Schirmen am Tage ein. Mit dem Gefühl völliger Sicherheit verzögerte sich die Besitzer, meist ohne den Schirm vorher genauer zu haben, dem launigen Frühlingswetter an. Ein Regensturz und ein Wasserfall schoß plötzlich über das Gesicht der neuen Gut. Die Löcher im Stoff waren von der Schwindlerin mit schwarzem Papier-Gipspflaster von innen verklebt! Mehr als vierhundert Hereingefallene in allen Stadtteilen erstatteten Anzeige. Die Schwindlerin wurde gefaßt, bestritt aber energisch, sich strafbar gemacht zu haben. Die besten Juristen zerbrechen sich den Kopf: Liegt Betrug vor oder nicht? Der Staatsanwalt, der Untersuchungsrichter, deren schlaflose Nächte. Die Akten wurden auf zwei Lastwagen zum Büro abgefahren...

### Eine feine Familie

In Köln erregte ein junges Mädchen, das sich in einem Hotel einlogiert hatte, dadurch Aufsehen, daß es nur mit fünf Franken bezahlte. Die von den Kellern alarmierte Polizei entdeckte, daß das Mädchen inzwischen nach Frankfurt abgereist war, wo es gleichfalls nur mit den geheimnisvollen fünf Franken bezahlte. Auf Veranlassung der Kölner Kriminalpolizei wurde das Mädchen in Frankfurt verhaftet und nach Köln gebracht, wo es gestand, daß es seinem Vater fünfzig Markstücke aus der Schublade gestohlen habe. Der Vater stellte die Polizei fest, daß der Vater des Mädchens seit Jahren eine Fälschmünzerei betreibt. Die Münzwerke der väterlichen Fälschmünzerei waren mit der größten Sicherheit hergestellt und von echten kaum zu unterscheiden. Das Mädchen, sein Vater, seine Mutter und seine Tante, die alle in die „falsche“ Geschichte verwickelt sind, wurden verurteilt.

### Mordauflösung nach 6 Jahren

Ein vor 6 Jahren an der deutsch-luxemburgischen Grenze begangener Sittlichkeitsmord an einem minderjährigen Mädchen wurde jetzt von der Kölner Kriminalpolizei aufgeklärt, als dieser Tage ein Mann wegen eines neuen Sittlichkeitsverbrechens an einem Mädchen verhaftet wurde. Schon ein paar Jahre vor dieser Verhaftung war der Mann, der seiner Verbrechen gewohnt ist, von den Eltern des Jungen der Untat beschuldigt worden. In brutaler Schamlosigkeit hat damals der Verdächtige...

seine Beschuldiger angezeigt und erreicht, daß sie zu Gefängnisstrafen, die auch verbüßt worden sind, verurteilt wurden. Nunmehr hat sich herausgestellt, daß der Verdacht der Eltern volle Berechtigung besaß.

### Der getrennte Leichnam

In Duisburg-Ruhrort wurde aus dem Rhein ein in einen Sack eingewickelter Frauentopf gelandet. In Mülheim fand man in der Ruhr einen Frauentopf. Man nimmt an, daß beide Körperteile zusammengehören. Die zentrale Mordkommission in Essen hat die Ermittlungen aufgenommen.

### Wieder ein Todesopfer in Lübeck

In der Nacht zum Mittwoch ist wiederum einer der mit dem Tuberkulosepräparat gefütterten und erkrankten Säuglinge gestorben. Dadurch erhöht sich die Todesziffer auf 41. Krank sind noch 85 Säuglinge, geheilt 48, gesund bzw. in ärztlicher Beobachtung sind 72.

### Fälschmünzerei an der Ruhr

In Gelsenkirchen wurde der 34-jährige Karl Reuß dabei erwischt, wie er in einer Wirtschaft seine Zechen mit falschen Fälschmünzen bezahlte. Er konnte festgenommen werden. In seiner Wohnung fand die Polizei eine gut eingerichtete Fälschmünzwerkstatt und eine große Menge falschen Geldes. Reuß ist wegen des Deliktes der Fälschmünzerei bereits vorbestraft.

## Alle Tage Blut!

### Politische Rowdychronik der letzten Nächte in Berlin

Ist das noch Politik? Gruppen junger und jüngerer Menschen, bis zur Weißglut erregt durch die verbrecherische Demagogie skrupelloser Agitatoren, denen die Verleumdung alles, Wahrheit und Aufklärung nichts bedeuten, ziehen durch die Straßen, prügeln mit Schlagringen, Gummistülpeln und Bleikugeln auf ihnen mißliebige Einzelgänger ein, beschließen sich im Dunkel der Nacht gegenseitig aus Trommelrevolvern und Brownings, die sie so loder in der Tasche tragen, wie andere ihr Taschentuch, sie unternehmen Razzien durch Parks und Anlagen, in denen der von Arbeit und Sommerliche geplagte Großstädter ein paar Stunden abendlicher Erholung sucht, sie knallen in fahrende Autobusse, verletzen unbeteiligte, harmlose Passanten auf den Tod; sie schlagen die Gäste eines großen Freibades blutig und führen sich als die Pioniere eines sagenhaften dritten Reiches oder einer zweifelhaften Diktatur, von der sie theoretisch wie praktisch bisher nur so viel wissen, daß man dem Gegner das Nasenbein zertrümmern und ihm, wenn hoch stehender Idealismus, den Schädel einschlagen soll. Eine kurze Aneinanderreihung typischer Vorfälle, die sich in den letzten Nächten in der Reichshauptstadt ereignet haben, ist plastischer und eindringlicher als ein Film. Ein Silberbogen der unglücklichen Rache, der mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu Feuer in zwölfster Stunde geblitterische Pflicht des Staates ist.

Der abendliche Ausrufenden in Berlin. Hunderte prominieren auf den breiten Anlagen der großen Straße. Aus den Restaurants schallt gedämpfte Musik. Da bricht plötzlich aus einer dunklen Seitenstraße eine Kette von vierzig bis fünfzig jungen Menschen, mit Stöcken und Schlagringen bewaffnet und beginnt gänzlich unmotiviert auf die Passanten einzuschlagen. Ein sechzigjähriger Mann, der gänzlich ahnungslos und uninteressiert vorübergeht, wird mit Faustschlägen traktiert und, als er schüchtern zu protestieren wagt, mit den Worten: „Halts Maul, verfluchter Jude!“ und „Verred, Du Hund!“ zu Boden geworfen. Mit erheblichen Gesichtsverletzungen bringt man den Unglücklichen zur Rettungswache. Er war übrigens gar kein Jude, sondern ein christlicher oberbayerischer Kaufmann, der sich beruflich in Berlin aufhielt.

In Steglitz, einer berüchtigten Hochburg der schwarzweißen Reaktion, gehen zwei japanische Studenten harmlos plaudernd spazieren. Doch sie haben nicht mit der Aktivität nationalsozialistischer Rowdys gerechnet. Ein Trupp von etwa 12 Goebbels-Leuten kommt ihnen entgegen, schlägt ihnen die Hüte vom Kopf und beginnt sie unter dem Ruf: „Raus mit den Kerlen!“ zu mißhandeln. Durch das energische Dazwischentreten beherzogter Passanten werden die zwei Japaner vor dem Schlimmsten bewahrt.

Nationalsozialistische Versammlung in Reinickendorf.

## Explosion in einer chemischen Fabrik

Die Lütticher Vorstadt Dugree wurde gestern vormittag durch die Explosion von 180 Flaschen mit flüssiger Luft in einer dortigen Fabrik in panikartige Aufregung versetzt. Der ersten Explosion, die sich gegen 4 Uhr ereignete, folgten innerhalb 30 Minuten über 100 weitere Detonationen, durch die in der ganzen Stadt zahlreiche Fensterheben in Trümmer gingen und sonstige erhebliche Schäden angerichtet wurden. Die Bewohner wurden aus dem Schlaf aufgeschreckt und flüchteten in leichter Bekleidung auf die Straße. Die Fabrikhalle wurde durch die Explosionen und den dadurch hervorgerufenen Brand vollkommen zerstört. Mehrere Arbeiter erlitten leichte Verletzungen.

### Düsseldorf in New York

Hat auch New York seinen Künsten? Ein Unbekannter schreibt an die Zeitungen Briefe, in denen er mitteilt, daß er die Ermordung von 16 Personen plant, und daß er in den ersten beiden Tagen dieser Woche bereits zwei Menschen ermordet habe. Ueber diese beiden bereits ausgeführten Morde macht der Vampyr nähere Angaben, deren Richtigkeit die Polizei zugeben mußte. Der Bevölkerung von New York hat sich begreifliche Aufregung bemächtigt.

### Durch die Windschutzscheibe geklopft

Einen furchtbaren Tod fand am Dienstag ein Motorradfahrer, der auf der Straße von Roullin mit höchster Geschwindigkeit in ein Auto hineinfuhr. Sein Kopf wurde ihm durch die Splitter der Windschutzscheibe des Autos vom Kumpfe getrennt. Er fiel der Gattin des Automobilfahrers in den Schoß, die infolge des grauenhaften Anblicks einen Nervenzusammenbruch erlitt.

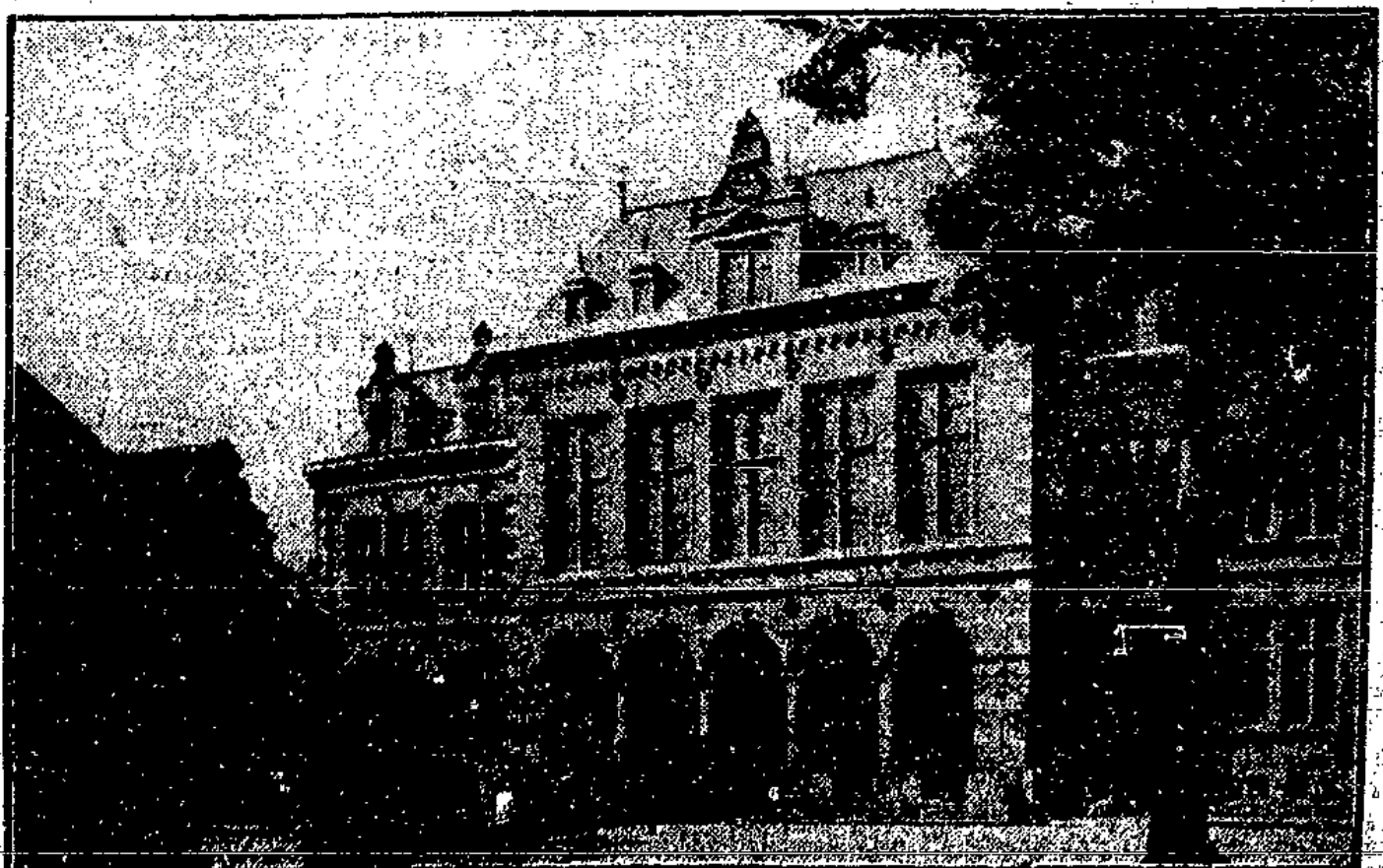
Im Saal sind zahlreiche Kommunisten anwesend. Als einer von ihnen in der Diskussion zu sprechen versucht, wird er nach den ersten Sätzen von SA-Leuten vom Podium gestoßen. Ein wilder Tumult entsetzt. Im Handumdrehen ist eine wilde Kollerei im Gange. Mit ausgebrochenen Stuhlbeinen, mit Bierseideln und Tischlegern gehen die Gegner aufeinander los. Ergebnis: ca. 12 Verletzte, von denen ein Teil ins Krankenhaus geschafft werden muß. Am Ende der Schlacht gleicht der Saal einem Trümmerfeld.

Unterhalb Stunden später, kurz vor Mitternacht. Ein Autobus der Linie 15, dicht gefüllt mit Berlinern, die nach Hause wollen, hält an der Ede Greulich-Promenade — Appenzeller Straße. Hier steigen 15 Nationalsozialisten ein. Als der Autobus wieder anzufahren beginnt, kommen von der anderen Seite der Straße mehrere junge Nazis im Laufschrift angerannt, die plötzlich, als sie den Autobus erreicht haben, Revolver ziehen und in den dichtgefüllten Kraftwagen hineinfahren. Gleichzeitig werden durch die zertrümmerten Wagenfenster schwere Pfastersteine geworfen. Im Wagen entsetzt eine entsetzliche Panik, in wilder Aufregung versuchen die Fahrgäste das Weite zu gewinnen. Als man sich an die Verfolgung der Attentäter macht, sind sie längst in der dunklen Straße entkommen. Viele zum Teil lebensgefährlich Verletzte werden ins Krankenhaus überführt, es sind sämtlich Unbeteiligte.

Im Norden Berlins gerieten zwei Liebe- und Schmiekolonnen der Nationalsozialisten und Kommunisten, deren Aufgabe es ist, Häuserfronten, Latenzdüne und Schaufenster mit Delfarbe zu beschleichen, zusammen. Nach einem kurzen Wortwechsel begannen die Gegner Messer und Schlagring zu ziehen und aufeinander einzuprügeln. Entsetzte Passanten, die zu kläglichem versuchen, sind gänzlich machtlos. Die Polizei ist, da sie ja schließlich nicht überall sein kann, im Augenblick nicht zur Stelle. Nach einem „Nachtkampf“, der von beiden Seiten mit einer erschreckenden Erbitterung, jedoch von den Nazis mit dem Uebergewicht größerer Brutalität geführt wird, liegt ein 23-jähriger Arbeiter, Kommunist, von drei Pungenstichen durchbohrt, tot am Boden. Fünf andere „Kämpfer“ sind zum Teil schwer verletzt. Als die Polizei herbeieilt, haben die Krieger vom Sowjetstern und Halenkrenz längst das Weite gesucht.

Das ist die Erste weniger Tage. Das sind die Früchte einer Hege, die so gemeingefährlich ist, daß jede Toleranz ihr gegenüber zum schweren Verbrechen, ja zur Totsünde am Volke wird. So geht es nicht nur in Berlin zu. In Baden, in Sachsen, in Schleien und Mitteldeutschland wütet die Pest dieser jungen verirrten und verwirrten Menschen, die, aus dem seelischen Gleichgewicht gebracht, wie wütende Wölfe übereinander herfallen. Aber die anderen, die vielen Millionen, die mit diesem Wahnsinn nichts zu tun haben wollen und die mit Leidtragenden sind, machen da nicht mehr mit. Sie fordern Abhilfe! Terr.

## 150 Jahre Universität Münster in Westfalen



Am 19. bis 21. Juni begibt die Westfälische Wilhelms-Universität in Münster die Feste ihres 150jährigen Bestehens.

# Sie lügen gewerbs- und gewohnheitsmäßig

## Niemand rief und alle, alle kamen — Säufung der Zufälligkeiten im Nazi-Prozess — Eine besondere Sorte Reichenbacher Nazi-zeugen Wieviel Meineide wurden am 7. Verhandlungstage geschworen?

Am 7. Verhandlungstage stand Kriminalsekretär Giese aus Breslau als Zeuge vor Gericht um über die Abfassung der Protokolle Auskunft zu geben. Er erklärte: Oftmals werden gegen politische Urteile Einwendungen erhoben. In seiner 25jährigen Tätigkeit als Kriminalbeamter sei bisher noch nie gegen ein von ihm abgefasstes Protokoll Einwand erhoben worden. Bei Vernehmung der Zeugen zum Nazi-Prozess sei er vollkommen korrekt verfahren und habe darüber hinaus alle Vorsichtsmaßnahmen angewandt, damit keine Irrtümer entstehen könnten. Bei einem Teil der Reichenbacher Zeugen hat er zum Teil noch einen zweiten Polizeibeamten herangezogen, um jederzeit den Nachweis führen zu können, daß keine Beeinflussung der Zeugen stattgefunden habe. Sämtliche Aussagen der Zeugen habe er dem Protokoll vorgelesen, sodas die Gelegenheit gegeben war, etwaige Einwendungen zu erheben. Außerdem hatten fast alle Zeugen eine

### Abkripte ihrer Aussagen

in der Hand. Ganz besonders bei den Vernehmungen in Reichenbach habe er dabei die Erfahrung machen müssen, daß die zuerst vernommenen Zeugen ohne Weiteres die Wahrheit gesagt haben.

Während die Aussagen der am nächsten Tage vernommenen Zeugen stark zurückhaltend waren, so daß angenommen werden muß, daß in der Zwischenzeit eine Verständigung der Zeugen stattgefunden hat. Als der Angeklagte Herda behauptet, die Kriminalpolizei hätte in Schweidnitz zuerst alle Juden vernommen und der Vorsitzende darauf nicht reagiert, erhebt sich Staatsanwaltschaftsrat Reimer, und macht den Vorsitzenden darauf aufmerksam, daß vor Gericht „nur“ Zeugen vernommen werden und Rasse- und Religionszugehörigkeit gleichgültig ist.

Nun folgt das Trauerspiel der Vernehmung der Reichenbacher Nationalsozialisten, von denen man erst nach Beendigung des ersten Prozesses erfahren hatte, daß sie an der Verfallungssprengung in Schweidnitz teilgenommen haben. Unglaublich ist, in welcher Weise die Reichenbacher im Gegensatz zu ihren von der Polizei gemachten Aussagen hier befaunden. Selbst dem Nazi-Advokaten Frank scheint die Sache unangenehm. Als erster wird der 15jährige Nazi Kuhn aus Peterswaldau vernommen. Er hat „gehört“, daß in Schweidnitz eine „nationalsozialistische“ Versammlung sei. Deshalb sei er mit dem Rade nach Schweidnitz gefahren und habe die Reichenbacher Nazi dabei „zufällig“ in Reichenbach getroffen. In Schweidnitz wäre er dann mit dem Führer der Nationalsozialisten in Reichenbach, Danisch, nach der Brautkomme gegangen, in deren Nähe die von einem — unbekanntem Manne — den Handzettel zur sozialdemokratischen Versammlung erhalten hätten. Daraufhin erst seinen sie nach dem „Vollgarten“ gegangen. Der Kaufmann Alfred Henke aus Reichenbach, der Mitglied der Nationalsozialisten ist, hatte in seinem Zigarrengeschäft in Reichenbach „gehört“, daß in Schweidnitz eine

### „Interessante Versammlung des Reichsbanners“

stattfinden soll. Daraufhin ist er mit der Bahn nach Schweidnitz gefahren. In seinem Abteil fuhren „zufällig“ noch zwei Reichenbacher Nationalsozialisten mit, die seine Stunden waren.

Alfred Köchel aus Reichenbach gehört der Reichenbacher S.A. an und hat nicht gemerkt, „was in Schweidnitz los war“. Der Führer der Reichenbacher Nazi, Danisch, habe zu ihm gesagt: „daß er, Danisch, nach Schweidnitz fahren wird, um sich in der Gangehäftsstelle eine Auskunft über den bevorstehenden Gauparteitag zu holen.“ Da er, Köchel, daran interessiert war, ist er mit seinem Freunde Herda mit der Bahn nach Schweidnitz gekommen. Dort haben sie sich in die Nähe der Geschäftsstelle begeben, um Danisch zu treffen. Da Danisch nicht kam, sind sie nach dem Ringe gegangen, und fanden auf dem Ringe einen Flugzettel der SPD-Versammlung. Sie waren davon begeistert und gingen zur Versammlung; es war wirklich ein Tag wunderbarer „Zufälle“. Sein Freund Herda aus Reichenbach gibt an, mit nach Schweidnitz gefahren zu sein „um zu erfahren, wann der Gauparteitag stattfindet.“ Ein — unbekannter Mann — habe ihnen da den Handzettel zur SPD-Versammlung gegeben. Vor der Polizei hat Köchel übrigens

### ganz anders

ausgesagt. Jetzt behauptet er — was offenbar seine Glaubwürdigkeit stärken soll — die Polizei belogen zu haben — weil diese für ihn nicht maßgebend sei. Der 19jährige Wilhelm Müller gehört auch der S.A. Reichenbach an, und ist von Klindert benachrichtigt worden,

daß in Schweidnitz eine Führerbesprechung zum Sonntag stattfinden würde. Er ist dann mit noch vier anderen, u. a. Danisch nach Schweidnitz gefahren. Danisch sei zur Geschäftsstelle gegangen, hätte niemanden angetroffen, und dann seien sie zur Brautkomme gefahren. Dort hat man gefragt ob Nationalsozialisten hier wären, hat aber von dem Ober die Antwort erhalten, daß welche hier gewesen sind. In der Nähe der Brautkomme erhielten sie von dem „Unbekannten“ den Handzettel, und dann gingen sie zum „Vollgarten“.

Nach hanebüchener und phantastischer ist die Angabe des Klindert. Er wollte sich in Schweidnitz erkundigen, ob zum Gauparteitag mit oder ohne Lemmer angetreten werde. Er gehört der S.A. an. Seine Hilferufe hat er mitgenommen, denn mit dem Abgehen allein sieht es zu „tumm“ aus. Es hat ihn aber niemand gefragt, daß er die Mäße mitnehmen soll. Der Polizei hat er dann allerdings zu Protokoll gegeben, daß Danisch den Auftrag erteilt habe, die Mäße mitzunehmen. Desgleichen hat er der Polizei angegeben, daß sie vor der Abfahrt aus Reichenbach vereinbart hätten, daß die Räder in der Brautkomme eingeklinkt werden sollen. Bei der politischen Vernehmung waren zwei (1) Polizeibeamte anwesend, ein dritter schrieb auf der Schreibmaschine. Jetzt vor Gericht leugnet er alles ab. Der Vorsitzende macht ihn aufmerksam, daß er hier

### unter dem Eide steht.

Es hilft nichts. Klindert behauptet weiter vor der Polizei gelogen zu haben. Staatsanwaltschaftsrat Dobersohn bittet, den Zeugen zu fragen, ob er bei der politischen Vernehmung gesagt hat:

„Es ist mir gleichgültig, ob ich wegen Meineid mit Sachverhalt bestraft werde.“ Nach dem Vernein des Zeugen Kriminalsekretär Giese, der die politische Vernehmung so oft aufgeschrieb hat, erklärt, daß Klindert die Vernehmung nicht mitgenommen hat, sondern nur die Aussagen der Zeugen vernommen hat.

Im selben Zusammenhang wird die Vernehmung des Franz Schönfelder, der die Reichenbacher Nazi in Schweidnitz wegen des Parteiabtrages, die einen Teil der Brautkomme gegangen, um den Rade einzuklinken. Der Führer Danisch habe ihm die Mäße mitgegeben. Der Führer Danisch habe ihn aufgefordert, die Mäße mitzunehmen. Nun kommt die Vernehmung des Klindert, der die Mäße mitgenommen hat. Er behauptet, daß er die Mäße mitgenommen hat, und daß er die Mäße mitgenommen hat. Er behauptet, daß er die Mäße mitgenommen hat, und daß er die Mäße mitgenommen hat.

aufgefordert hätte, daß ihm Danisch die Mäße gehorht hätte und anderes mehr. Nun behauptet auch er, die Polizei belogen zu haben, um wie er sagt — seine Familie zu schützen. Das nationalsozialistische Publikum im Zuscherraum laßt laut als Schönfelder davon spricht, daß er die Polizei belogen habe. Der Vorsitzende schreitet dagegen ein, und bezeichnet es als — eine schlechte Gesinnung — wenn man

### über derartige Gemeinheiten lacht.

Da Schönfelder behauptet, bei der Vernehmung durch Giese bedroht worden zu sein, wird dem Zeugen Schönfelder der Kriminalsekretär Giese gegenübergestellt. Giese gibt von der Vernehmung folgenden Bericht: Zuerst habe Schönfelder die Teilnahme an Schweidnitz geleugnet. Daraufhin habe er Schönfelder gefragt, von wo er seine Mäße her habe. Schönfelder behauptete, die Mäße in einem Geschäft in Reichenbach gekauft zu haben.

Als der Kriminalbeamte mit Schönfelder in das betreffende Geschäft gehen wollte, ihn vorher aber fragte, woher die Mäße in seiner Mäße kämen, merkte Schönfelder, daß die Kriminalpolizei davon Kenntnis hatte, daß Schönfelder eine blutbesetzte Mäße aus Schweidnitz mitgebracht habe. Daraufhin sah sich Schönfelder überführt, und machte nun ausführliche Angaben.

Webrigens machte er dieselben Angaben zu seinem Stuben-nachbar, dem Arbeiter Alfred Gottwald, der nicht Mitglied der NSDAP ist. Gottwald sagt aus, daß ihn Schönfelder am Nachmittag des Verfallungstages gefragt hat, ob er mit zur SPD-Versammlung nach Schweidnitz fahren möchte. Es gäbe dort ein „kleines Treffen“. Siriegauer, Waldenburger und Breslauer Nationalsozialisten werden auch da sein. Die Räder wollte man in der Brautkomme einstellen. Am anderen Morgen nach der Verfallung hat Schönfelder zu ihm gesagt: „Schade, daß du nicht mit warst, wir haben schön aufgeräumt.“ Mäße und Armbinde hat er von Danisch erhalten. Er, Schönfelder, hat so zu-

### Achtung, Ortsgruppenvorsitzende!

Die Berichtsbogen der Partei-Werbeweche stehen zum größten Teil noch aus. Sie sind uns umgeheud einzufenden, da ein Bericht an den Hauptvorstand gegeben werden muß. Laßt euch nicht noch einmal mahnen!

Bezirkssekretariat Mittelschlesien.

gehauen, daß er sich vor Mut selber nicht mehr gekannt habe, es wurde ordentlich gemanscht. Gottwald wird nun dem Nazi-Lügner gegenübergestellt. Schönfelder leugnet, überhaupt mit Gottwald gesprochen zu haben. Das wird selbst dem Vorsitzenden zu viel, er schreit den Zeugen Schönfelder an:

### „Sie lügen ja gewerbs- und gewohnheitsmäßig.“

„Sämen Sie sich nicht?“ Darauf der Held mit dem Hakenkreuz, kühl und unbewegt: „Nein.“

Der Bauarbeiter Friedrich Neumann aus Reichenbach sagt aus, daß drei bis vier Tage nach der Urteilsverfällung im ersten Prozeß Danisch zu ihm gesagt hat:

„In Schweidnitz hat vor der Versammlung eine Führer-versammlung stattgefunden, in der beschlossen wurde, daß die SPD-Versammlung gesprengt wird, wenn Wendemuth die Nationalsozialistische Partei angreift.“

In dieser Besprechung ist auch derjenige bestimmt worden, der das Kommando „Rühen auf!“ im erforderlichen Moment geben sollte. Dazu sei der 36jährige Nazi Danisch bestimmt worden, Führer der Nazi aus Reichenbach. Danisch wird dem Zeugen Neumann gegenübergestellt, leugnet aber überhaupt, mit Neumann darüber gesprochen zu haben. Er gibt nun den — offensichtlich vereinbarten — Bericht, wie Schönfelder, Klindert und Genossen. Er wollte zur Gangehäftsstelle, kam zur Brautkomme, traf den Unbekannten, bekam den Handzettel usw. Der Staatsanwalt beantragt, Danisch und Schönfelder wegen

# Gemeinde - Versammlung in Klettendorf

Am Mittwoch abend fand in der Klettendorfer Turnhalle eine recht gut besuchte Gemeindeversammlung statt. Im Rahmen dieser Versammlung, zu der alle wahlberechtigten Männer und Frauen von Klettendorf eingeladen waren, sprach Amts- und Gemeindevorsteher Kleinert über „Der diesjährige Gemeindevorstand, Steuern und andere Gemeindeangelegenheiten“.

Genosse Kleinert ging von der Feststellung aus, daß die Finanzlage der Landgemeinden infolge der aus dem Finanz-ausgleich sich ergebenden Schwierigkeiten von Jahr zu Jahr ernster werde. Im Reich könne gewiß an mancher Stelle gespart werden, z. B. bei den vielen Pensionen, beim Wehrstat; aber der Herr Finanzminister halte es anscheinend für zweckmäßiger, die Gemeinden zu drücken und ihnen zu allem Ueberflus sogar noch mit der Finanzkontrolle zu drohen. Daß die Gemeinden, wie man es von ihnen verlangt, die Realsteuern senken, sei leider in den meisten Fällen ausgeschlossen, da die zwangsläufigen Ausgaben, insbesondere für die Wohlfahrtsunterstützung ständig wachsen. Der Gemeindevorstand hat das Jahr 1930 balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 257 000 Rmk. Die wichtigsten Ausgabe-posten sind folgende: 82 000 Rmk. für die Gemeindevorwaltung, 74 000 Rmk. für die Schulverwaltung, 38 000 Rmk. für den Wohlfahrtsrat und 98 000 Rmk. für die Finanzverwaltung. Das Einnahmesoll aus sämtlichen Staats- und Gemeindesteuern beziffert sich in diesem Jahre auf 211 575 Reichsmark. Davon entfallen auf die Gemeinde, die 450 Prozent Grundvermögenssteuer, 800 Prozent Gewerbeertragssteuer und 2600 Prozent Gewerbelapitalsteuer erhebt, als Eigeneinnahme 145 481 Rmk.

Die Anforderungen, die das Jahr 1930 an die Gemeinde stellt, sind nicht unerheblich. Immerhin aber wird es gelingen, die vorbestimmten Aufgaben (Aufwendungen für die Feuer-wehr, Unterhaltung der Turnhalle, Instandhaltung des Weges nach Klettendorf, Beteiligung an der Landesausstellung, Schaffung von Arbeitsplätzen) zu bewältigen. Aus die Frage der Wasser-versorgung, die schon an der Finanzkommission der Stadt Breslau diskutiert, soll in diesem Jahre gelöst werden. Bereits am Montag beendeten die Vorträge.

Nach einem Vortrag und der danach einliegenden all-gemeinen Besprechung beantwortete Gemeindevorsteher Kleinert

Verbot der Mittäterkass nicht zu vereidigen. Das befehligt die Vereidigung, obwohl die Zulage dieser Zeugen wohl den Gipfel der Unglaubwürdigkeit erreicht hat. Interessant ist, daß die Arbeitnachweisstellenstelle einen wichtigen Nationalsozialisten in der Person des Angeklagten Otto Schmidt beschäftigt. Schmidt ist Trappführer der Peterswaldau. Er wurde vernommen, um zu bezeugen, daß keinen Befehl zur Teilnahme an der Verfallung in Schweidnitz erhalten habe. Seine Vernehmung ist einer der beliebtesten des Verteidigers Frank, mit denen er den Einbruch zu tun hat, als seien die „Zufälligkeiten“ des Nazi-Prozesses Schweidnitz wirklich — ganz, ganz zufällig erfolgt.

Rechtsanwalt Förder als Vertreter der Reichenbacher brachte zum Schluß einen neuen Beweisanspruch ein, in dem langt wird, daß die Postbeamten, die am 26. und 27. September Telefondienst versehen und gleichzeitig die Beamten, die an diesen Tagen am Schalter 1 neben der Fernsprechanlage waren, vernommen werden. Es geht das Gericht um, daß am 26. und 27. September von Schweidnitzer Nationalsozialisten auswärtige Ortsgruppen zur Teilnahme an der Verfallung telefonisch aufgefordert worden sind.

# Der Streit mit dem Liebespaar

## Langenbielauer Totschlagaffäre als Notwehr aufgeklärt

Wie wir aus Langenbielau erfahren, wurde die Verhaftung des Arbeiters Thiel, der bekanntlich, als er seiner Freundin an der sogenannten Neumannsstraße gelegen einander umarmte, belästigt wurde und in einer tätlichen Auseinandersetzung einen von ihnen tödlich verletzten, Notwehr genommen.

Die Angaben Thiels scheinen durch die bisherigen Angaben im wesentlichen bestätigt, so daß Notwehr angenommen wird. Die in Langenbielau tätige gemeine Nordkommission Landes kriminalpolizei hat ihre Tätigkeit eingestellt und ist Breslau zurückbegeben. Die Akten über den Vorfall sind Staatsanwaltschaft in Schweidnitz übermittelt worden.

# Roter Tag in Siegnitz

Alle Teilnehmer am Roten Tag des Bezirks Görlitz der die bereits am Sonnabend in Siegnitz eintrifften und Nachmittags benötigten, melden sich im Volkshaus, Bismarckstraße 4, zum dort werden ihnen die Quartiere zugewiesen. Für alle genutzten Nachmittage ist durch Freiquartiere genügend Sorge getragen, sondern persönliche Mitteilungen erfolgen nicht.

Die Jugend meldet sich gruppenweise durch ihre Gruppenführer. Die Zellfahrergruppen melden sich auf dem Haag. Der Freiausflug

Rothenbach. Verhängnisvoller Ausflug. Legentlich eines Ausfluges mit dem evangelischen Männer-Sänglingsverein wurde dem 14 Jahre alten Wädeling R. Enge das linke Auge ausgeschossen. Die Schuldfrage ist nicht geklärt, doch wirft die Tatsache dieses Unfalles auf die der Aufsichtsausübung bei den evangelischen Junglingen ein zeichnendes Licht.

Sirshberg. Jubelfeier des Riesengebirgsvereins. Der Riesengebirgsverein hielt hier mit 70 Jahressammlung seine 50jährige Jubelfeier ab. Bei den Beratungen wurde bekanntgegeben, daß der Hauptweg auf dem Ramm ausgebessert und die Regemartierung verbessert werden soll.

Neustadt O.S. Minister Schreiber gratuliert. Dem Amtlichen Preussischen Pressedienst zufolge sprach Preussischer Handelsminister dem Redakteur Karl Beim Wiele bei Neustadt O.S. zu seinem 50jährigen Arbeitsjubiläum bei der Firma S. Franke in Neustadt O.S. herzlichste Glückwünsche und Anerkennung aus. — Die Gratulation kommt nicht Herzen, denn Herr Schreiber ist ja auch für den Abbau der werbslosenversicherung. Wenn jemand daher als lebenslangem Ausnahmefall sich sein Leben lang nur in einem Betriebe raderte, dann ist das doch sozusagen eine Befähigung dafür, es in der Erwerbslosigkeit „Leberreibungen“ gibt.

Kattowitz. Zum Gedächtnis Franz Morawski. Der erste Redakteur der „Gazeta Robotnicza“, die zuerst polnische Beilage zum „Vorwärts“ erschien und später nach Kattowitz verlegt wurde, legte die hiesige W.P.S. anlässlich des 24. Todestages einen Kranz an seinem Grabe nieder. Morawski wurde noch unter dem Sozialistengesetz und später von preussischen Behörden verfolgt, mehrfach verurteilt und schließlich den Folgen einer längeren Gefängnisstrafe.

noch eine Reihe aus dem Kreise der Gemeindeglieder der gerichtete Anfragen. Ein schöner Naturfilm: „Eine gefasste Reise ins Goldland Alaska“ beendete die gut gelungene Gemeindeversammlung.

# 600-Jahrfeier in Sünern

Sünern feiert in diesem Jahr sein 600jähriges Bestehen veranstaltet am kommenden Sonnabend und Sonntag eine große mit Aufführung eines historischen Festspiels und einer natürlich ebenfalls historischen — Muzum am Sonntag. Kommen Mittwoch wird durch ein Kinderfest gefeiert, der folgende Sonntag soll sportlichen Wettkämpfen wie Vorführungen verschiedener Reitervereine gewidmet werden.

Tschirne. Unsere Frauen-Werbeweche an der verließ zur vollsten Zufriedenheit. Trotz Sommerhitze und ernte hatten sich 150 Männer und Frauen eingefunden, die die weisevollen Gesänge des Arbeitergesangsvereins aus Tschirne am Anfang in eine festliche Stimmung verlegte. Die Referate der Genossen Kleinert und Dr. Korn so in stimmungsvoller Weise umrahmt. Beiden Referaten, die Zuhörer in größter Aufmerksamkeit lauschten, stürmischer minutenlangem Beifall. Gesänge und musikalische Vorträge einiger Jugendgruppen wechselten miteinander machten die Veranstaltung zu einer wahren Feierstunde für Teilnehmer. Die Begelsetzung zeigte sich am besten in der Teilnahme, mit dem am Schluß von allen die Internationale gelungen und in das Hoch auf die Partei mit einmütiger Stimmführung. Sieben Aufnahmen in die Partei waren zu verzeichnen. Ein Beweis, daß wir trotz der wilden Propaganda der Nationalsozialisten marschieren.

# Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt  
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 1  
Telefon 9100, 9101  
Gründung von 8. 17 und 18—19 Uhr

Breslau. Freitag, den 20. Juni, 20 Uhr, bei Mendel-tiger Frauenabend. Redner: Genosse S. Rabe.  
Görlitz. Freitag, den 20. Juni, 20 Uhr: Muzum-Verfallung bei Hertel. Redner: Genosse Klatte.  
Rothenbach. Sonnabend, den 21. Juni, 20 Uhr: Zellenkommission im Volkshaus. Redner: Schiller.

## 29. Werkmeister-Verbandstag

### 4. Verhandlungstag

#### Organisationsinteilung — Beitragserhöhung und Ausbau der Unterstützungseinrichtungen — Intraagsberatung

Der Verbandstag des Deutschen Werkmeister-Verbandes beschäftigte sich zu Beginn seiner Verhandlungen am Mittwoch mit der Fortsetzung der Debatte über die neue organisatorische Gliederung des Verbandes und nahm schließlich den vom Bundesvorstand unterbreiteten Plan mit 205 gegen 75 Stimmen an. Der nächste Tagesordnungspunkt

#### Festsetzung des Verbandsbeitrages

führte ebenfalls zu einer ausgiebigen Aussprache. Kollege Schnöring-Düsseldorf begründete ausführlich den Antrag des Bundesvorstandes, mit dem der Verbandstag ersucht wurde, einer Beitragserhöhung von 4,50 Mark auf 6 Mark monatlich zuzustimmen. Diese Erhöhung soll den Verbandsvorstand in die Lage versetzen, vor allem die idealen Leistungen des Verbandes auszubauen, besonders die Invalidenversicherung grundlegend zu ändern und die Unterstützungssätze wesentlich zu erhöhen. Darüber hinaus wird aber ein Teil dieser Beitragserhöhung zur Förderung der gewerkschaftlichen Arbeiten, besonders der Werbearbeit und der gewerkschaftlichen Unterstützungen erforderlich. Auch der Bundesvorsitzende Kollege Buschmann kennzeichnete die Situation, die es gebietet erscheinen läßt, den Antrag des Vorstandes anzunehmen und damit Richtlinien für die soziale und gewerkschaftliche Arbeit auf viele Jahre hinaus aufzustellen.

In der zu diesem Thema eingehenden umfangreichen Aussprache erklärten sich eine ganze Anzahl Redner grundsätzlich für den Erhöhungsantrag, allerdings mit der Einschränkung, daß diese Beitragserhöhung ausschließlich für die in der Begründung angegebenen Zwecke verwendet wird. Kein Delegierter sprach sich grundsätzlich gegen eine Erhöhung aus, doch wurde von mehreren Abgeordneten zum Ausdruck gebracht, daß verübt werden möchte, sich mit einer geringeren Erhöhung zu begnügen. Die aus der Tagung kommenden Vorschläge bewegten sich zwischen 50 Pf. und 1 Mark. Andererseits wurde aber darauf hingewiesen, daß der bisherige Beitrag gegenüber den Beiträgen in den Arbeitergewerkschaften kaum vergleichbar ist, weil in letzteren wesentlich höhere Beiträge gezahlt werden.

Der Hauptreferent Kollege Schnöring wies darauf hin, daß mit einer Zwischenlösung der Sinn des mit der Erhöhung erzielbaren Zieles nicht erreichbar sein kann. Der Verband vermag selbstverständlich auch ohne die geringste Beitragserhöhung, wie bisher für die Mitgliedschaft zu wirken, doch ist es dann ausgeschlossen, an den gewerkschaftlichen oder idealen Unterstützungssätzen irgend etwas zu ändern.

Nach Erörterung der schwerwiegenden, durch die wirtschaftliche Notlage bedingten Einwendungen, aber auch der Notwendigkeit des Aufbaues stimmte der Verbandstag mit 218 gegen 62 Stimmen dem Antrag des Bundesvorstandes zu, der am 1. Oktober in Kraft treten soll.

Einen weiteren Antrag der Vertreter aus dem Saargebiet, mit dem noch vom Reich getrenntes Gebiet eine Sonderregelung in der Beitragsfrage zu treffen, lehnte der Verbandstag ab.

Im Anschluß daran kam der Tagesordnungspunkt

#### Invaliden-Unterstützung

zur Verhandlung, zu dem Kollege Schnöring für den Bundesvorstand den Antrag unterbreitete, die Unterstützungssätze ab 1. Januar 1931 zu erhöhen und ab Januar 1932 eine weitere wesentliche Erhöhung dieser Unterstützung einzuführen zu lassen, da bis dahin die durch die beschlossene Beitragserhöhung vorgesehenen Kapitalien angekauft sind. Dieser Antrag sollte verständlicherweise eine allgemein zustimmende Debatte aus und wurde mit 251 gegen 29 Stimmen angenommen.

Der Verbandstag trat anschließend in die Beratung der innerorganisatorischen Fragen betreffender Anträge. Ein Antrag, den sich der Hauptverwaltung des Verbandes nach Berlin zu verlegen, wurde mit übergroßer Mehrheit gegen die Stimmen der Berliner Delegierten abgelehnt. Beschlossen wurde jedoch, daß der Bundesvorstand einen Vorschlag ausarbeitet, wie hoch sich die Kosten einer Sicherlegung stellen würden. Eine Reihe von Anträgen, mit denen verlangt wurde, den aus Arbeitergewerkschaften über tretenden Mitglieder die dortige Mitgliedsdauer auf alle Unterstützungseinrichtungen anzurechnen, wurden dem Bundesvorstand als Material überwiesen, da die Verhandlungen mit einzelnen Gewerkschaften und dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund erst angebahnt worden sind, aber noch nicht zu einem Abschluß gebracht werden konnten.

#### Anderes haben sie nicht zu tun

Im Mansfelder Ausperungsgebiet bemühen sich die kommunistischen Propagandisten und die ins Kampfgebiet entsandten Landjäger, sich gegenseitig wild zu machen. Die Kommunisten arbeiten planmäßig darauf hin, Zwischenfälle und Unruhen heraufzubeschwören. Ohne Kraxall und Blutvergießen können sie nicht leben. Die Landjäger sind nervös und haben stellenweise ohne irgendwelche Warnung bei Zusammenkünften wahllos scharflos.

Die verantwortlichen Behörden tun gut daran, wenn sie rechtzeitig dafür sorgen, daß alle überernenden Schutzorgane aus dem Revier entfernt werden. Die kommunale Polizei hat sich bisher durchaus korrekt verhalten. Warum können das nicht auch die Landjäger? Psychologisch im höchsten Grade ungeheuerlich ist es, einen Teil der Landjäger ausgerechnet in Gebäuden der Mansfelder AG unterzubringen und dort aus der Angestelltenkategorie zu heben. Die Behörden und ihre Organe müssen auch den Schein von Parteilichkeit vermeiden. Geht das nicht, dann kann es in Mansfeld kritisch werden.

#### 4. Gewerblich-kursus des Provinzialausschusses Schlessien des Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes (ADB)

In der Zeit vom 10. bis 14. Juni 1930 fand in Lichtenwalde bei Bad Nauhanen (Graßschaff Glas) der 4. Gewerblich-kursus des Provinzial-Ausschusses Schlessien des ADB statt, der von 42 Teilnehmern besucht war. Eröffnet wurde der Kursus am 9. Juni, abends 8 Uhr, durch eine Begrüßungsfeier für die Teilnehmer, bei welcher Kollege Seidel die Kursteilnehmer im Auftrag des Vorstandes aufs herzlichste begrüßte, aber auch hervorhob, daß wiederum eine so zahlreiche Zahl von Funktionären sich zu gemeinsamer Bildungsarbeit zusammengefunden haben. Die Herren Dr. Wölter, Dr. Hamburger, Landesrat Elling und Funke von der Reichszentrale für Heimatdienst hatten es übernommen, Vorträge aus dem Gebiet der Beamten-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zu halten; alle Vorträge fanden ohne Ausnahme den höchsten Beifall aller Teilnehmer. Kollege Dr. Wölter hielt außerdem noch an einem Abend einen Vortrag über die zurzeit schwebenden beamtenpolitischen Vorgänge (Notopfer

usw.), außerdem veranstaltete Herr Funke noch an einem Abend einen Lichtbildvortrag, der sehr wesentlich zur Unterhaltung und Belehrung der Teilnehmer und Gäste beitrug. Eine vorzusehende Besichtigung der Zündholzfabrik von Gröbel in Habelschwerdt mußte wegen zeitweiser Stilllegung dieser Fabrik ausfallen, dafür entführten zwei Postautos am Freitag, den 13. Juni, nachmittags, zu einem Ausflug ins herrlich gelegene Wälfersgrund, wo die Teilnehmer die Schönheiten des Glaser Berglandes bewundern konnten. Ein Abschiedsabend vereinte am Freitag abend alle Teilnehmer mit Gästen, wobei besonders die Kollegen Rose, Meßner und Sperling zur Unterhaltung der Kollegen beitrugen. Losgelöst von der Berufsarbeit, inmitten des reizvoll gelegenen Glaser Berglandes, verlebten alle Teilnehmer einige Tage erheitert, aber auch frohen Zusammenlebens. Neue Freundschaften wurden geschlossen, alte Freundschaftsbande erneuert; waren doch die Teilnehmer aus allen

Teilen der Provinz herbeigeeilt. Einmütig wurde der Wunsch ausgesprochen, daß diese Kurse zu ständigen, alle Jahre wiederholenden Einrichtungen geschaffen werden, da sie das beste Mittel sind, die Funktionen der freigewerkschaftlichen Beamtensbewegung zu fördern. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß wie bereits in früheren Jahren der Inhaber des Gasthauses Winkler in Lichtenwalde alles daran setzte, die Teilnehmer in bezug auf Verpflegung und Unterkunft aufs Beste zu befriedigen, unerwähnt soll aber auch nicht sein, daß der Wettergott diesmal den Teilnehmern nur Sonnenschein gab, so daß an den turlustigen Nachmittagen schöne Ausflüge, sogar ins benachbarte Böhmerland, gemacht werden konnten. Auch auf diese Weise wurden dem Glaser Berglande neue Freunde zugeführt. Die Kursausleitung lag in den Händen der Kollegen Spinnarke, Ulbrich und Rudolph, welche Dank der tadellosen Disziplin der Kollegen ihre Aufgabe sehr erfolgreich erzielten. Mit einer Schlussansprache des Kollegen Rudolph, welche ausklang in einem dreifachen Hoch auf den ADB, wurde am 14. Juni der in allen Teilen gut verlaufene Kursus geschlossen, und die Nachmittagszüge brachten dann alle Teilnehmer wieder in ihre Heimatorte, zugleich aber auch mit dem Gelöbnis, treue Kämpfer und Streiter für die freigewerkschaftliche Beamtensbewegung zu sein. Dieses Gelöbnis kam am besten zum Ausdruck in den Danksworten, welche Kollege Grothe-Hannau im Auftrag der Kursteilnehmer aussprach.

## Überhöhte Löhne

Die Offensiv des Unternehmertums gegen den Lohn ist in vollem Gange. Es kam, wie die Arbeiterpresse voraus sagte: Stahlwert Beder — Mansfeld — Deynhauser Schiedspruch. Der Angriff der Arbeitgeber bei den Verhandlungen wird unterstützt durch ein wildes Trommelfeuer der Unternehmerpresse gegen die Lohnposition der Arbeiter. Und hinter der Presseartillerie bemüht sich die Wissenschaft, dem Unternehmertum moralische Hilfe zu bringen. Sie versucht, die Lohnabbauforderung theoretisch zu rechtfertigen.

Sogar im „Magazin der Wirtschaft“, also in einer sonst als linksstehend bekannten Zeitschrift, melden sich wissenschaftliche Helfer der Unternehmer. So vertritt in der genannten Zeitschrift Albert Sahn, das heißt nicht irgendein Nationalökonom, einen Aufsatz, in dem unter der bezeichnenden Überschrift „Lohnabbauforderung und Klasseninteresse“ folgende Lohnabbautheorie zurecht gemacht wird: Je höher die Löhne sind, um so mehr Betriebe werden unrentabel. Arbeiter werden entlassen. Die Kaufkraft der Wirtschaft verringert sich. Die Nachfrage nach Produkten geht zurück. Die Produktion sinkt, bis schließlich auch auf die Löhne der beschäftigten Arbeiter ein so großer Bruch ausgeübt wird, daß das überhöhte Lohnniveau nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Also — dies ist der Appell Sahns an die Gewerkschaften — ihr tut in eurem eigenen Wohlstandstandes Klasseninteresse besser, wenn ihr euch freiwillig mit Lohnsenkungen abfindet.

Man hat von den Arbeitern in den letzten Tagen im Anschluß an den Deynhauser Schiedspruch ein hohes Maß von Einsicht in die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge gefordert. Die Arbeiter sind die letzten, die einer hies- und richstesten Beweisführung unzugänglich wären. Sie lassen sich ganz gerne belehren, allein bei dieser nicht ganz neuen Theorie vom Klasseninteresse des Arbeiters an — niederen Löhnen können sie nicht mit. Alles, was Sahn über den Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Produktion sagt, ist nur dann berechtigt, wenn die Löhne in ein sichtbares Mißverhältnis zur Produktivität der Wirtschaft geraten sind. Überhöht kann man die Löhne erst dann nennen, wenn man hierfür den Nachweis geführt hat. Dieser Nachweis ist von Sahn nicht geführt. Wohl aber ist der Gegenbeweis möglich.

Welches Merkmal gibt es, um festzustellen, ob Löhne überhöht sind? Es liegt sicherlich nicht in der absoluten Höhe der Löhne; denn sonst müßten in den Vereinigten Staaten die Löhne dauernd überhöht sein. Ein besserer Maßstab ist der Vergleich zwischen Lohnhöhe und Volkseinkommen zu verschiedenen Zeiten. Dieser Vergleich fällt durchaus zu unseren Gunsten aus. Das reale Volkseinkommen ist heute nicht unwesentlich höher als vor dem Kriege, aber die Reallohne stehen kaum oder nur unbedeutend über der Vorkriegshöhe. Man darf eben nie übersehen, daß

die Erhöhung der Löhne in den letzten Jahren in Wirklichkeit nur ihre Wiedererhöhung, ihr Hineinwachsen in die Größenverhältnisse der Vorkriegszeit zwischen Volkseinkommen und Lohnhöhe bedeutet hat.

Gegen die Höhe der deutschen Löhne kann man auch nicht das niedrige Lohnniveau in manchen Nachbarländern ins Feld führen. Unterschiede im Lohnniveau zwischen Land und Land brauchen für die Länder mit höherem Lohnniveau keineswegs eine Gefahr bedeuten. Die Vereinigten Staaten bleiben trotz ihres hohen Lohnniveaus weltwirtschaftlich konkurrenzfähig, und die Entwicklung des deutschen Außenhandels in den letzten Jahren hat den besten Beweis dafür geliefert, daß das deutsche Lohnniveau nicht in dem Sinn überhöht sein kann, daß es die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft bedrohen würde. Im Gegenteil: trotz steigender Löhne ist die Warenausfuhr aus Deutschland dauernd gewachsen.

Warum sollen also die Löhne in Deutschland überhöht sein. Nur deshalb, weil bestimmte Unternehmungen die Produktion eingestellt haben, weil 2½ Millionen Menschen ohne Arbeit sind, weil wir uns heute in einer Wirtschaftskrise befinden? Diese Annahme wäre nur dann berechtigt, wenn sich keine anderen Ursachen für die Wirtschaftskrise finden ließen. In Wirklichkeit läßt sich eine ganze Reihe von Krisenursachen feststellen, die mit den Löhnen gar nichts zu tun haben, so zum Beispiel die Erschwerung der Kapitaleinfuhr seit 1½ Jahren, die von den Unternehmern selbst künstlich geschürte Vertrauenskrise und die Rückwirkungen der Weltwirtschaftskrise auf Deutschland. Man kann unmöglich die Arbeiterkategorie zum Prügelknaben für die Krise machen und auf ihre Löhne los schlagen, auf dieselben Löhne, die die wichtigste Stütze der Kaufkraft der Wirtschaft darstellen.

Wir wollen nicht leugnen, daß ein Zusammenhang zwischen den Löhnen und der Gesamtsituation der Wirtschaft vor allem den Preisen besteht. Der Zusammenhang ist natürlich ein ganz anderer als der, den der Schiedspruch von Deynhaufen aufzuzeigen versucht. Lohnabbau in irgend einem Wirtschaftszweig zur Voraussetzung eines Preisabbaues ist eine mechanische Maßnahme, die den Arbeitern das ganze Opfer der Krise auferlegt und den Unternehmern eine Preisentfaltung ohne Opfer ermöglicht. Ein Zusammenhang zwischen Preisen und Löhnen besteht insofern, als die Arbeiter in Krisenzeiten nicht erwarten können, wesentliche Erhöhungen ihres Reallohnes durchzusetzen. Das wäre der Fall, wenn eine fühlbare Senkung des Preisniveaus einträte und die Geldlöhne auf der alten Höhe blieben. Heute, wo von einer fühlbaren Senkung des Preisniveaus noch keine Rede ist, kann man unmöglich von überhöhten Löhnen sprechen und den Gewerkschaften vormerken, daß ihre Lohnpolitik die Überwindung der Krise verhindere.

## Die amerikanische Zollnovelle

### Handelspolitische Konflikte

Der parlamentarische Kampf um den neuen amerikanischen Zolltarif, der vom Senat mit 44 gegen 12 Stimmen angenommen worden ist, hat nicht weniger als 18 Monate gedauert. In Amerika selbst hat man die beschlossenen Zollmaßnahmen als Raubzölle schlimmster Art bezeichnet. Diese Charakteristik des neuen Gesetzes ist durchaus berechtigt; denn die maßlose Erhöhung von Hunderten von Zolltarifposten wird die Lebenshaltung der amerikanischen Verbraucher massen um etwa eine dreieinviertel Milliarde Dollar verteuert.

Aus allen Teilen der Welt, besonders aus den südamerikanischen und australischen Agrarstaaten, sowie den europäischen Industrielandern hat es Proteste gegeben. In der Schweiz, deren hochqualifizierte Uhrenindustrie von dem neuen Zollgesetz besonders hart betroffen wird, hat es — in der Geschichte der internationalen Handelspolitik ein einzigartiger Vorgang — gar große öffentliche Protestversammlungen unter starker Teilnahme der Bevölkerung gegeben, die härteste Repressalien gegen die amerikanischen Prohibitivzölle forderten. Auch die deutsche Exportindustrie wird durch das neue amerikanische Zollgesetz stark in Mitleidenhaft gezogen. Besonders betroffen werden die Steinzeug-, Porzellan-, Kunststoffe-, Textil- und Eisen verarbeitende Industrie. Auch die deutsche Leder- und Schuhindustrie dürfte durch die Heraufschraubung der Zölle von 12½ bis 20 Prozent so gut wie abgedrosselt werden.

In einzelnen steht der neue Zolltarif die Erhöhung der Zölle für 887 Warengruppen vor. 250 Erhöhungen betreffen landwirtschaftliche Produkte, insbesondere Zucker, Gemüse, Vieh, Fleisch und Getreide. Von der bisher geltenden Freiliste wurden u. a. Zement, Baumwolle, Häute, Leder und Schuhe abgelehnt. Ermäßigungen wurden die Zölle für Automobile (Kunststoff), Aluminium und Tafelglas.

Es ist kein Zweifel, daß dieses rigorose amerikanische Zollgesetz weitgehende Folgen für die internationale Handelspolitik haben wird. Dies beweisen schon die

rund 200 Proteste von Regierungen und großen Wirtschaftsverbänden der betroffenen Länder. Besonders die großen Getreideexportstaaten wie Kanada, Argentinien und Australien tragen sich bereits mit dem Gedanken, härteste Repressalien gegen die Vereinigten Staaten anzuwenden. Besonders schwerwiegend ist, daß die Vorzugsstellung, die das neue Zollgesetz Rußland in der Frage der Zollerlöse gibt, einen Bruch der Reichsbegünstigungszörräge darstellt, der zu handelspolitischen Konflikten führen muß.

Im Zusammenhang mit der Annahme der Zollnovelle wird eine Rundfrage interessen, die die New Yorker Wochenzeitung „The Nation“ unter den Redakteuren amerikanischer Zeitungen veranstaltet hat. Die Mehrheit der befragten Redakteure sprach sich gegen den Zolltarif aus. Die erste Frage der „Nation“ lautete: Wird der Zolltarif, falls er durchgeführt wird, die Lebenskosten steigern? Darauf antworteten 16 Redakteure absolut bejahend, nur vier verneinend. Von diesen vier verneinenden Antworten sind zwei veräußert, d. h. es wird eine gewisse Steigerung der Lebenshaltungskosten zugegeben. Auf die zweite Frage der „Nation“: Wird der Zolltarif uns auf die Dauer wirtschaftlich nützen oder schaden? antworteten 15 Redakteure, daß sie schädliche Wirkungen erwarten; nur sieben erwarten günstige Wirkungen. Die für europäische Leser wichtigste Frage lautet: Wird der Zolltarif unsere internationalen Beziehungen verbessern oder ihnen schaden? „Hier besteht einräudsvolle Uebereinstimmung“ schreibt die „Nation“. 17 Redakteure erklären, daß der neue Zolltarif die Beziehungen der Vereinigten Staaten mit anderen Nationen nur erschweren könne. Nur ein einziger Redakteur glaubt an eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen den USA. und den übrigen Staaten, drei halten die voraussichtlichen Wirkungen für geringfügig.

Der deutsche Kaufkraftwapp, nach dem die deutschen Verbraucher ihren Bedarf an Kunststoffe bis zu 90 Prozent aus der deutschen Fabrikation decken sollen, ist jetzt in Kraft getreten. Für Streitigkeiten, die aus dem Kauf hervorgerufen werden, ist das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Müller-Verlinghausen, als Schiedsrichter in Aussicht genommen. Der Vertrag ist von den maßgebenden Kunststoffs-Produzenten unterzeichnet. Die nächste Folge des Kaufes wird sein, daß die Kunststoffs-Produzenten, die vor Jahresfrist auseinanderfiel, wieder hergestellt wird.

## Metallarbeiter!

Sonntag, den 23. Juni, von 10 bis 4 Uhr  
Wahl der Delegierten zum Verbandstag in Berlin

### Stadt-Theater

(Opernhaus)  
Donnerstag  
20 bis nach 22.45 Uhr  
**Ein Maskenball**  
Freitag 24.7.39  
20 bis nach 22.30 Uhr:  
21. Mann. Portr. Ser. II  
**Der lustige Krieg**  
Sonnabend  
18.30 bis geg. 23 Uhr:  
**Die Walküre**

### Lobe-Theater

Telefon: 50747  
Täglich 11.30  
20.15 bis 22.30 Uhr  
**Saisonverkauf 1939**  
Revue von Max Opfals  
Musik von Harry Nathan

### Thalia-Theater

Täglich  
20.30 bis 22.45 Uhr  
**Broadway**  
Amerikanisches Zeitbild  
von Dunning u. Abbott  
besetzt n. Otto Klement

### Schauspielhaus

Operettenbühne  
Tel. 36300  
Täglich 8 Uhr  
Der Sensationserfolg  
der Sommerspielzeit

### Dolly's Abenteuer

Operette i. 4 Bild. v.  
Berr u. Verneall  
Musik von  
Naiph Szostaky  
mit  
Loni Heiser u. G.  
Leo Wimmer u. G.

### Breslauer Neueste

Nachrichten: Das  
Publikum rast vor  
Begeisterung!  
Gegen Vorweisung  
dieser Anzeige  
50% Ermäßigung  
an der Theaterkasse

### Pianos

neu und gebraucht, aus vor  
Rak 800.- an, gebraucht von  
Rak 250.- an  
Flügel  
Geigen 2521  
Lauten  
Mandolinen  
Gitarren etc.  
Kleine Anzahlungen  
kleine Monatsraten  
bei Kasse hoher Rabatt  
Pianos in Miete  
Reparaturen Stimmen  
**Wiener & Futter**  
Schmiedebücke 48  
Ab 1. Juli Gartenstr. 54

Für viele von Interesse.  
Im Volkspeicher sind wieder  
die eleganten herrschaftlichen  
Schlafzimm., gefällige Biste  
und Wabagani eingetroffen,  
sowie Herren- u. Speisezimmer,  
u. ein großer Vollen einzelne  
Möbel. Beschäftigung durch  
den Lagerhalter des 12276  
Gleiten Breslauer Möbel-Voll-  
speicher Robert W. Scharf,  
Berliner Straße 9.  
Jeder Interessent wolle genau  
auf Adresse achten, da es in  
Breslau nur ein ins Handels-  
register eingetragenes Unter-  
nehmen obigen Namens gibt,  
und obiges Unternehmen mit  
Nachahmungen in Breslau  
leicht verwechselt werden kann.

### 2 Betten

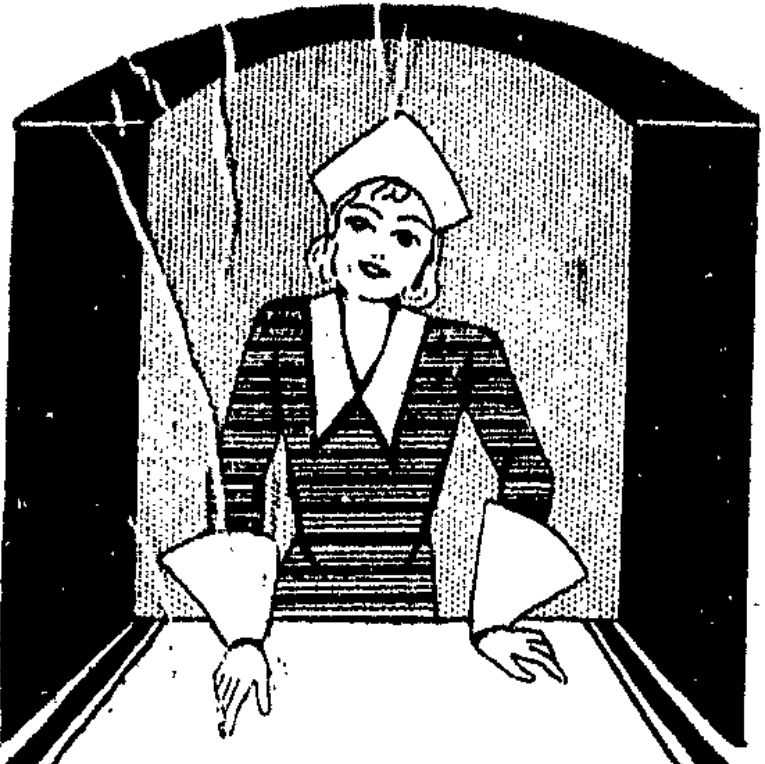
i. Eichen u. Buche, pol.  
im Spital u. Küch. 150  
Möbelhaus  
**Scholz**  
Waldschmiedebücke 132.

### Arbeitshosen

Farb und Reil durch Selbst-  
anfertigung konturenlos  
ab 4.50 bis 10 Mk.  
Burgstraße 7, Krzywalski.

### Parteitrennde

kräftig an Bahnhöfen,  
verlangt in Hotels,  
Restaurants, Cafés  
stets die  
**Volksmacht**



Mit Hilfe unserer besten Be-  
ziehungen im Lande entstehen  
solche Volks-Tage. Wir wissen:  
Es liegt dem Publikum viel  
daran, billig billig zu kaufen!  
Noch einmal werfen wir diese  
Volks-Tage aus.

**Damen-Sportsöckchen**  
große Auswahl, weiß und  
farbig . . . . . von **65** Pfg. an

**Damen-Strümpfe** aus  
künstlicher Wascheide,  
I. Wahl 95 Pfg. . . . II. Wahl **68** Pfg.

**Damen-Strümpfe** aus künst-  
licher Wascheide, ganz besonders  
feinmächtig, Spitz-Hochferse . . . . . **1** 65

**Damen-Strümpfe** aus künst-  
licher Wascheide, eine ganz erst-  
klassige Qualität, mit Indanthrenrand,  
gut verstärktem Fuß . . . . . **1** 95

**Damen-Schlüpfers** aus Kunst-  
seide, feste Qualität . . . . . **1** 45

**Damen-Schlüpfers** aus Kunst-  
seide mit Atlas-Zierstreifen . . . . . **1** 95

**Damen-Schlüpfers** aus Trikot-  
Charmeuse, hohewertige Acetat-  
Kunstseide . . . . . **2** 95

**Unterkleid** aus feiner Trama-  
line-K'Seide, oben mit Spitzen-Galon,  
oder aus gestreifter Kunstseide, oben  
mit Spitze . . . . . **2** 95

**Complet: Unterkleid mit**  
**angearbeitetem Schlüpfers**  
aus feiner Trama-line-K'Seide oder  
Trikot-Charmeuse, oben mit Spitzen-  
Galon, unten mit Spitze . . . . . **5** 90

**Bade-Wäsche zum Aussuchen!**

**Bade-Kappen** in vielen  
Modifarben . . . . .60, —.25 **19** Pfg.

**Schwimm-Helme**  
1.95, 1.65, —.95 **45** Pfg.

**Bade-Trikots** aus schwar-  
zer Baumwolle, 1.45, —.95, —.75 **50** Pfg.

**Damen-Bade-Anzüge**  
hübsche, bunte Farben . 3.95, 2.95 **1** 25

**Damen-Bade-Mäntel**  
aus gutem Kräuselstoff . 8.90 6.90 **5** 50

**Herren-Bade-Mäntel**  
neue Dessins . . . . . 14.50, 10.75 **9** 75

**Noch ein Volks-Tage-Schlager!**

**Herren-Einsatzhemden**  
kräftige Rumpfware mit schönem  
Popeline-Einsatz . . . . . **1** 90

**Fahnen heraus!**  
Für die deutschen  
Kampfsportler vom  
26.-29. Juni kaufen Sie  
**Fahnen-Tücher**  
in allen Farben billig  
bei Tietzi!

# Tietzi VolksTage

Breslau, Ohlauer Straße 71/73

# Freitag-Sonnabend Billige Waren

aus großen vorteilhaften Abschlüssen zu Ausnahme-Preisen!

3000 Stück  
**Schneuertücher**  
ca. 50/70 cm groß mit  
verstärkt. Mitte St. 24  
in festen Qual. Stück **15** Pl.

2000 Paar  
**Vignonesocken**  
m. verstärkter Ferse  
u. Spitze mit kleinen  
Schönheitsfehlern Paar **25** Pl.

**Seidenflossstrümpfe**  
feinmächtig mit Nahl,  
Doppelseide, Hoch-  
ferse . . . . . Paar **68** Pl.

Waschkeitsseidene  
**Damenstrümpfe**  
fehlerfrei, Doppel-  
seide und Hochferse Paar **95** Pl.

Glatte, b. Kinder-Badeanzüge  
Trikot-  
bleu, rot u. marine, mit anders  
farb. Besätzen u. Froschmotiv,  
Gr. 50, 55, 60, 65 cm  
St. **72, 80, 88, 95** Pl.

Makofarbige  
**Herren Trikot Hosen**  
gut verarb. mit Satinbund, in  
allen Größen, 3 Qualitäten,  
Qualität I II III  
Paar **1.45 1.75 1.95**

Zirka 1000 Paar vorzügliche  
**Herren-Hosenträger**  
m. Led.-sow. Gummisatzteil,  
a. fest. haltbar, Gummistrippen,  
Serie I Serie II  
Paar **95 Pl. 1.25**

**Herr.-Leder-Sportgürtel**  
i. verschiedenen gut.  
Lederart. m. Kopp-  
schloß u. amerikan.  
Schließe . Stück **95** Pl.

2 Serien extra billige  
**Sockenhalter**  
in bester Verarbgt.,  
aus gutem Gummi,  
in vielen Farben Paar **38** Pl.

Kunstseidene  
**Sofakissen**  
mit Satinrücken und  
guter Füllung, ca.  
40/45 cm groß, zum  
Aussuchen, Stück **95** Pl.

Einige 100 Stück  
**Strohsäcke**  
aus gutem Jute-  
leinen, mit bunten  
Streifen, in voller  
Größe . . . . . Stück **1.95**

**Stoppdecken**  
i. solid. Verarbgt. m.  
gut. Füllg. doppelseit.  
Glanzsatin St. 9.75  
Glanzsatin mit  
Trikotfutter, Stück **8.95**

**Gezeichnete Quadrate**  
neuart. Kreuz- und  
Spannstichmuster zum  
Zusammensetz. von  
Tisch- u. Kaffeedeck.  
Klassen, Stück 15, 12 **10** Pl.

Wundervoll  
gezeichnete  
**Gezeichnete Damen-  
Schürzen**  
in sehr schön. viel-  
seitigen Mustern,  
Stück 1.95, 1.65 **1.25**

Gezeichnete Kinder-  
**Schürzen- u. Spiel-  
büschen** i. Knab. u.  
Mädch. in  
viel Ausführ. u. nur  
gut. Stoff., St. 89, 65 **45** Pl.

In 2 Größen!  
Die  
**Stadtköfferchen**  
gute, genähte Qualität  
braun, blau u. rotbraun, m. 2 Nickel-  
schloß., Ledergürtel u. Stofffutter  
Größe 33 Größe 36  
Stück **3.35** Stück **3.65**

Ein Quantum  
**Reise- und Kupekkoffer**  
aus guter, fester Hartleiste, mit  
3 Schnappschloßern u. 1. Teil. Ecken  
Gr. 3.95 Gr. 4.50 Gr. 4.95 Gr. 5.25

Einige hundert  
**Küchen- und Gesichts-  
Handtücher**  
Gerstenkorn, mit roten  
Kanten, 100 cm lang,  
gestümt und gebändert  
durchweg Stück **27** Pl.

ca. 2000 Stück  
**Damast- und Gesichts-  
Handtücher**  
voll gebleicht, Größe  
45/100, ges. und geb. Stück **68** Pl.

Nur in Deckbettbreite  
1 kleines Quantum  
**Aussteuer-Inlett**  
garantiert echt rot  
und ledderdicht,  
130 cm breit, Meter **2.75**

**Besonderer Gelegenheitskauf!**  
ca. 150 Stück leicht angestaubte  
**Linon-Deckbettbezüge**  
Größe 130/200 prima  
Qualität, zum Knöpfeln  
zum Aussuchen . . . **4.95**

ca. 500 Stück  
**Frottier-Handtücher**  
a. gut. Kräuselstoff, z. T.  
durchgemust. Jacquard-  
qualität, garant. wasch-  
echt, Gr. 45 u. 50/100 cm  
zum Aussuchen! durchweg Stück **95** Pl.

**Kinder-Söckchen**  
aus fester haltbarer Baumwollqual.  
glattfarbig grau und mode in allen  
Größen  
Gr. 1-2, 3-4, 5-6, 7-8, 9-10  
Paar **18, 25, 33, 38, 45** Pl.

500 Stück Damen- u. Herren-  
**Badeanzüge**  
2 teilig, schwarz-weiß  
bleu-weiß u. rot-weiß  
in den Größ. 42, 44, 46  
Größe 42 . . . . .Stück  
Steigerung 20 Pl. **1.45**

2 Serien einzelne  
**Herren-Oberhemden**  
in unsort. Weill., leicht angestaubt u.  
etwas gedrückt, gut. bewährt. Qual.,  
Perkal sow. Popeline, durchgemust.,  
zum Aussuchen!  
Serie I Serie II **2.65 3.95**

1 Riesensortiment  
**Waschmousseline**  
schöne mittel- u. hellfarb.  
Muster . . . . . Meter **68** Pl.  
mittel- und dunkelgrundige  
Muster . . . . . **75** Pl.  
extra gute, mittel- u. dunkel-  
grund. Frauenmust. Mtr. 1.25 **95** Pl.

5000 Meter herrliche  
**Wasch-Kunstseiden**  
in riesiger Musterauswahl u. sehr gut.  
Qual., die wir weit unter Preis  
herausbringen. Zum Aussuchen!  
Serie I II III IV  
Mtr. **68 85 95 1.25**

3 Serien gute, mollige  
**Schlafdecken**  
dunkelgrundig m. eingeweb. Streifen,  
i. Reise, Wanderung u. sonstig. Zwecke  
Serie I II III  
Stück **95 1.25 1.65**

Zirka 1000 Paar  
**Dam-Birndstoff-Hauschuhe**  
mit Kordelseide, in  
sämtl. Damengrößen  
schöne, bunt. Must.  
durchweg Paar **80** Pl.

**Damen- und Herren-  
Kord- u. Plüsch Pantoffeln**  
m. Filzwischenseide,  
u. leicht. Ledersohl.,  
Gr. 36-45, z. Aus-  
suchen, durchweg Paar **95** Pl.

**Schw. Damen- u. Kinder-  
Hallenstiefelschuhe**  
Chromledersohle, u. Gummi-  
spange, in gut. fest. Qualität  
Größe 22/30 31/35 36/42  
Paar **95 Pl. 1.20 1.40**

Mit kleinen Schönheitsfehlern  
**Damen-Leder-Hallenstiefel**  
in mehr. Farben in  
Gr. 36/42 mit bunt.  
Pompon, durchweg  
Paar. . . . . **2.95**

Viele hundert  
**Hemdenpasssen**  
Klöppel- u. Stickerei-  
ausführ., in Trägerl.,  
m. voll. Achs., z. Aus-  
s. St. 68, 85, 45, 25 **15** Pl.

6 Serien  
**Spitzenkragen**  
aus Voile, Crêpe de Chine  
Crêpe Georgette usw.  
Serie I II III IV  
**75 85 95 1.25**

12 Stück  
**Rasierklängen**  
aus gutem deutsch.  
Stahl . 12 Stück  
zusammen **25** Pl.

Zirka 1000 Stück  
prima  
**Glycerin-Seife**  
unsere bekannte  
Hausmarke, 2 Stck. **25** Pl.

600 g Riegel  
Frischgewicht  
**Oberschalseife**  
Riegel **48** Pl.

100 Stück  
**Geschäfts-  
Kuvverts**  
gut gummiert . . . . . **25** Pl.

100 Stück  
Krepp-Papier.  
**Servietten**  
100 Bogen  
**Geschäftspapier**  
Oktav kariert **40 75** Pl.

100 Blatt  
**fettlösliches  
Butterbrotpapier**  
mit Oese **24** Pl.

8 Rollen  
**Krepp-  
Toilettepapier**  
Rolle 150 Gramm  
zusammen **95** Pl.

10-Meter-Rolle  
**Schrankpapier** **32** Pl.

Ein ganz außergew. Krutzgegenb.  
**Bürgerliches Gesetzbuch**  
einschl. Ergänzungs-  
Gesetze bis 1930, in  
Ganzleinschneid., m.  
Goldschr., Stück nur **2.85**

Belleble.  
**Frauen Romane**  
i. den verschiedenst.  
Titeln, nurgut. Autor,  
zum Aussuchen!  
durchweg . . . Stück **25** Pl.

Ein Waggon enorm billiges  
**Preß-Glas**  
helle, klare Qual., reiz. neuo Must.  
**Kompotteller** oder  
**Schälchen** . . . . . St. 7 Pl.  
**Kompottschüsseln**,  
18 cm groß . . . . . St. 22 Pl.  
**Zuchenschalen**, Fuß St. 15 Pl.  
**Butterdos.** mit Deckel St. 22 Pl.  
**Küchglöcker** . . . . . St. 44 Pl.  
**Zitronenpressen** . . . . . St. 12 Pl.  
**Starke Mühlgläser**,  
1/2 Liter Inhalt . . . . . St. 16 Pl.  
**Wassergläser** . . . . . St. 9 Pl.

